

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei
in der tschechoslowakischen Republik.

Einheitsfront.

Raum leuchtet die Möglichkeit einer Verständigung zwischen tschechischen und deutschen Sozialdemokraten auf, so beginnen die Kommunisten zu lächeln. Sie, die früher über die Gegensätze zwischen deutschen und tschechischen Sozialdemokraten, die ihnen ewig unüberbrückbar schienen, nicht genug höhen konnten, da ihnen, diesen reiflichen Wort-Marxisten, die Einflüsse der wirtschaftlichen, sozialen und politischen Entwicklung auf die Gestaltung der Parteien-Ideologien offenbar fremd waren, — sie halten nun eine solche Verständigung zwischen tschechischen und deutschen Sozialdemokraten offenbar für durchaus möglich, und sie sehen in ihr zugleich einen neuen Sozialvertrag und — möchten doch auch mit dabei sein!

Das Rezept zur Beurteilung einer einseitigen Verständigung zwischen tschechischen und deutschen Sozialdemokraten ist sehr einfach: Das Ganze ist ein Manöver der Bourgeoisie, denn „bekanntlich“ sind die Sozialdemokraten Knechte der Bourgeoisie. Die Bourgeoisie beider Nationen wünscht in diesem Augenblicke nichts schärlicher, als die Ablenkung der Arbeiter durch neue unerfüllbare Illusionen. Sie wünscht nichts schärlicher, als das Scheitern der Einheitsfront. So orakelt in der Kuffner „Internationale“ der dortige Revolutionsstrateg Grinwald. Wenn also die Verständigung zwischen deutschen und tschechischen Sozialdemokraten gelingt, dann ist der schäblichste Wunsch der Bourgeoisie erfüllt. Wenn aber zu diesen tschechischen und deutschen Bürgerknechten und Lakaien der Bourgeoisie auch die Kommunisten stoßen, — ja, dann ändert sich das Bild im Hundstunde! Dann ist eine proletarische Einheitsfront möglich, dann kann wahrscheinlich sogar den sozialdemokratischen Parteien beider Nationen nachgeholfen werden, daß sie Sozialdemokraten sind.

Ein Weg zur Klassenfront unter Ausschaltung der Millionen Anhänger schlendernden kommunistischen Partei sei, so sagt Herr Grinwald, unmöglich. Wer den Arbeitern diesen Weg weisen will, vollführe bewußt oder unbewußt nichts anderes, als den Wunsch beider nationalen Bourgeoisien, Abwendung zu schaffen von der grundlegenden Aufgabe des Zusammenschlusses aller Klassenbewußten Arbeiter. — Damit Herr Grinwald nicht behaupten könne, wir unterschätzen unlernten Arbeitern die Wichtigkeit seiner Argumente, geben wir diese entscheidende Stelle seines Auftrages wieder. Wir können uns, anknüpfend an diese Bemerkungen, auch einmal ausführlicher mit der kommunistischen Einheitsfrontparole beschäftigen, die lauter und eindringlicher denn je verstanden wird. Wir wollen gleich vorweg ansetzen, daß mit einer Verständigung zwischen den sozialdemokratischen Parteien wirklich noch nicht die proletarische Einheitsfront verwirklicht ist, daß ohne die kommunistischen Arbeiter die Klassenfront Stückwerk bleibt. Aber die Frage, ob mit oder ohne Kommunisten die Einheitsfront vollständig oder lückenhaft ist, steht ja gar nicht zur Diskussion, sondern das Problem ist das: jene proletarischen Kräfte zusammenzufassen, die jetzt schon zusammengefaßt werden können!

Man wird auch noch nicht von einer lückenlosen proletarischen Einheitsfront sprechen können, solange laufende christliche, gelbe und indifferente Arbeiter neben den politischen und gewerkschaftlichen Organisationen des sozialistischen Proletariats leben. Wir glauben, daß diese Arbeiter, weil noch nicht Klassenbewußt, nicht für die Bildung einer proletarischen Kampffront in Betracht kommen. Denn nur sozialistische Arbeiter, deren Denken und Wollen sich in gleicher Richtung bewegt, deren Sehnacht dem gleichen Ziele gilt, nur Parteien, die sich über Aktionen, ja zur Erreichung wenigstens bestimmter nächster Etappen auf dem Wege zum gemeinsamen Ziele führen sollen, verständigen können und von denen jeder der anderen die Bereitwilligkeit zur Einholung des Rates glauben kann, — nur solche Parteien können eine Einheitsfront bilden, sich zu einer Kampfgenossenschaft zusammenziehen. So wenig wir mit Gelben oder Christlichen eine Einheitsfront zu bilden vermögen — sehr im Gegenteil zu den Kommunisten, die wiederholt solche Bündnisse versucht haben — so wenig ist eine Einheitsfront der Sozialdemokraten mit den heutigen Kommunisten möglich.

Denn nicht darum geht es den Kommunisten, tatsächlich alle proletarischen Kräfte zu sammeln zur Durchsetzung bestimmter Aufgaben, sie zu vereinen zu Kampfen, deren Parolen und deren Methoden zu vereinbaren wären mit jenen Parteien, mit denen die Einheitsfront gebildet werden könnte, sondern es handelt sich, wie sie es wiederholt in ihren Diskussionen über die Deutung der Einheitsfront-Parole betonten,

um ein Manöver. Vielleicht gab und gibt es noch Kommunisten, denen die tiefste Sehnsucht der Arbeiter, ihre Sehnsucht nach Überwindung des Brüderkrieges, so gut, so heilig ist für ein Manöver. Sie sind jedenfalls sehr selten und nirgends unter den Führern der kommunistischen Parteien zu finden. Häufiger schon sind jene sozialistischen Führer, die so naiv waren, an die Möglichkeit einer Verständigung mit den Kommunisten zu glauben, an die Möglichkeit einer Verständigung mit denen, die ihre Existenz der Zerstörung der proletarischen Einheit danken und dem Glauben vieler ihrer Anhänger, daß gerade diese Zertrümmerung ein wichtiger Schritt auf dem Wege zum Siege der Arbeiterbewegung war.

Nun, Herr Sinowjew dürfte diese Naiven gründlich kuriert haben mit seiner sehr deutlichen Erklärung, die Einheit des Proletariats könne nur verwirklicht werden auf dem Boden der kommunistischen Internationale, mit seinem dreimaligen „Nein!“ gegenüber dem Vorstoß der Unabhängigen englischen Arbeiterpartei, eine Einigung zwischen den beiden Internationalen zu versuchen. Freilich, während Sinowjew seinen letzten großen Bannfluch gegen die zweite Internationale schleuderte, ehe er selber in die Verlesung fiel, die Stalin schon unter seinen Nähen zu öffnen begann, dieweil Sinowjew entrüßelt jede Verständigung mit der Sozialdemokratie ablehnte, hüte sich Moskau sehr wohl, die Fäden, die mit den englischen Gewerkschaften gesponnen wurden, zu zerreißen. Man muß sich doch Möglichkeiten offen lassen! Und so wie ihr früherer Herr und Meister, so handeln auch die heutigen noch alle europäische Kommunistenführer in der Frage der Einheitsfront, sie, die für alle für kleine Sinowjew hielten, bis sie mit Schrecken gewahrt wurden, daß solcher Selbstverleugung längst zum Hochverrat geworden war. Sie taten wie Sinowjew, nur plumper und ungeschickter. Sie riefen nach der Einheitsfront und beschimpften diejenigen, mit denen sie diese Einheitsfront schließen wollten. Und wunderten sich dann — oder taten doch wenigstens so, als wären sie schmerzlich erkrankt darüber — daß ihr Einheitsfrontgeheiß nirgends hohe Zustimmung fand.

Die Einheitsfrontparole ist nicht neu, sie gehört schon seit ein paar Jahren, seit man den vormaligen Glauben, die Revolution werde von tüchtigen Minderheiten „gemacht“, über Bord geworfen hat, zum unentbehrlichen Rüstzeug der kommunistischen Redner und Schreiber. Seit Jahren also können wir schon beobachten, was die Freunde auf der „Linken“ tun, um die Einheitsfront zustande zu bringen.

Sie rufen nach der Einheitsfront, aber sie schimpfen gleichzeitig über die Reformisten, über deren Revolutionsabotage.

Sie rufen nach der Einheitsfront, aber sie beschimpfen diejenigen, mit denen sie gebildet werden soll, als Knechte und Lakaien der Bourgeoisie. Sie rufen nach der Einheitsfront, — aber nie, ohne gleichzeitig zu sagen, wie sie gebildet werden müsse, was sie zu tun habe, um was zu kämpfen sei, mit welchen Mitteln, so selber befundend, daß sie sich diese Einheitsfront nur so verschaffen können, daß den Sozialdemokraten die kommunistischen Methoden aufgedrängt werden.

Sie rufen nach der Einheitsfront, aber es sind erst sechs Jahre vergangen, seit die Einheit der Arbeiterbewegung von den selben Kommunisten, die jetzt nach ihr rufen, als „Popanz“ bezeichnet wurde und die Sozialdemokraten verläßt wurden, weil sie über das Zerbrechen der proletarischen Kampffront klagen.

Sie rufen nach der Einheitsfront, — aber sie sind doch noch immer der Meinung, daß der Kampf gegen den Kapitalismus vor allem geführt werden muß als Kampf gegen die Sozialdemokratie, daß die Sozialdemokratie gefährlicher sei, als die Bourgeoisie. Es ist erst ein paar Monate her, da haben die kommunistischen Redner in Wählerversammlungen behauptet, die Sozialdemokratie sei längst nicht mehr die rechte Flügel der Bourgeoisie, sondern ihr Zentrum. — Ja, wenn das der Glaube der Kommunisten ist, — warum wollen sie sich mit diesem Zentrum der Bourgeoisie verbinden?

Es, das Geheiß nach der Einheitsfront, allicht sehr dem des Schuldigen, der durch lautes Anklagen seines Nachbarn die Aufmerksamkeit von sich ablenken will! Es ist freilich auch recht oft gefälschter Selbstmitleid, angepöbelt dem Wütenden und Verlangenden der Arbeiter, denn daß die Arbeiter ungenutzt die von der Überwindung des Brüderkrieges im Proletariat erhoffen, das soll nicht bestritten werden. Mißbrauch der heiligsten Sehnsucht der Arbeiter ist das kommunistische Geheiß nach der Einheitsfront! — Aber ist es nicht jetzt, da es so besonders laut wird, auch noch etwas anderes? Soll nicht gerade die Festigkeit des Schreies den Klang der Sorge, der

Der Tod in den Lüften.

Bier Militärflieger Opfer des Kriegs, „vieles!“ — Abgeflirt und verbrannt

Zwei Unglücksmeldungen an einem Tage! An einem Morgen zwei Flugzeugunfälle, von denen jeder zwei Menschen das Leben kostete! — Folgende amtliche Meldungen, von denen die erste sich über die Ursache des Unglückes klar unklar äußert, wurden ausgegeben:

Prag, 2. September. Heute um 5 Uhr früh starteten 3 Flugzeuge des zweiten Fliegerregiments in Olmütz zu einem Versuchsflug gegen Chropin bei Kremier. Die Flugmaschine „A 12-64“ mit dem Piloten Korporal Wilhelm Ritzel und Leutnant-Beobachter Jdenso Fleißig an Bord, stieß in einer scharfen Kurve in der Höhe von ungefähr 250 Metern längs eines Flügels ab (?) und fiel in einer Spirale zu Boden. Bei dem Aufschlag des Flugzeuges auf die Erde explodierte der Benzinhälter und beide Flieger verbrannten.

Prag, 2. September. (CPA.) Heute kurz um 6.15 Minuten bei einem Übungsflug aus einer Höhe von 200 Metern das Flugzeug „A 12-16“ bei Bennisch (Schlesien) in einer Spirale ab. Korporal-Pilot Bohus Rudela und Oberleutnant-Beobachter Stefan Minaril sind tot. Die Ursache des Unglückes ist unbekannt. Es wurden keine Evolutionen durchgeführt.

Die Ursache des Unfalles bei Chropin ist auch nicht bekannt. Die Olmüzer Meldung erklärt nichts. Und damit soll man sich wohl zu-

frieden geben? Am 28. August stießen bei Olmütz zwei Flieger zusammen. Zwei Tote! In sechs Tagen sechs Tote! Wenn ein Manöver noch eine Weile dauern, kommen wir für das ganze Jahr zu einer solchen Durchschnittsrechnung: ein Toter täglich! — Der neue Militarismus ist nicht harmlos; er erweist sich allen Vorläufern und Konkurrenten als eberdürstig. Er ist so blutig wie sie! Noch hatte er keine „Grasfalk“-Möglichkeit. Aber er tut, was er kann. 21 Tote vom 1. Jänner bis Ende Juni 1925, — ein kleiner Staat kann sich damit schon leben lassen! Unter den Dreihundertzwanzig gab es keine Flieger. Sie folgten jetzt in rasender Eile. Wie es Soldaten der Luft geizt!

Nur Zufälle? Sie häufen sich unheimlich! Keine Schlampererei? In manchem ganz modernen Staat pflegen sich ja höchste Erziehungsinstitute der Technik mit traditioneller Schlampererei wunderbar zu mischen! Sollte nicht auch bei den tschechischen Luftstreitkräften so etwas möglich sein? — Oder war das Material schlecht? Oder hat man ungeübte zum tödlichen Flug gezwungen?

Antwort! Antwort! Die Begeisterung aller guten Patrioten darüber, daß die Tschechoslowakei nun schon ein so starkes eigenes Militärwesen hat, wird nicht darüber hinwegleiden können, daß so viele der heimischen Flieger die heimatische Erde nur als Tote wieder erreichen . . .

in diesem Ruhe zittert, überhöhen? Denn die Kommunisten wissen: mit der Verständigung zwischen deutschen und tschechischen Sozialdemokraten, mit dem Sichfinden der beiden sozialdemokratischen Parteien auf dem Boden gemeinsamer Klassenpolitik, siehe für die große Mehrheit jener Arbeiter, die heute noch der kommunistischen Partei Gefolgschaft leisten, jeder Grund weg, sich anders politisch zu orientieren, sich anders zu organisieren, anders zu stimmen als sozialdemokratisch. Denn an dem ganzen kommunistischen Theatenspiel, an der Parolenschmiederei und an der Sorge, ob dieser oder jener Schritt als rechte oder linke Abweichung auszuliegen sei, hat ja doch auch jene Arbeiterschaft, die im kommunistischen Lager steht, keinen Anteil genommen. Sie ist kommunistisch geworden — dem Namen nach! — weil sie mit der Politik der einen sozialdemokratischen Partei nicht einverstanden war. Mit der Ursache ihres Grolls wird auch dieser selbst verschwinden.

Aber, so mag man einwenden, wenn die zweifelhafte vorhandene Gegensätze zwischen tschechischen und deutschen Sozialdemokraten nicht als Hindernis der Annäherung erscheinen, — warum glaubt man dann nicht auch mit den Kommunisten, die doch auch eine proletarische Partei sind, sich schließlich verständigen zu können? Nun, wir haben eine Einheitsfront für möglich erklärt, zwischen Parteien, deren Zielsetzung die gleiche ist, die den guten Willen der anderen anerkennen und die Pflicht, die dem anderen aufgebürdet wird, auch für sich selber als bindend ansehen. Keine dieser Voraussetzungen trifft auf die Kommunisten zu! Sie haben eine andere Zielsetzung: der Zwangsstaat, in dem eine kleine Führergilde diktiert über das Proletariat, der Zwangsstaat, in dem es keinerlei Meinungsfreiheit gibt, als die, in den Kerker zu gehen, wenn man nicht zu aller Obrigkeitseigenschaft Ja und Amen sagt, ist nicht das Ziel unferes politischen Kampfes! Und auch für die Erreichung einer Etappe, die vielleicht beide Parteien anstreben, können wir uns nicht mit den Kommunisten verbünden, wenn wir wissen, daß sie nur deshalb mit uns in einer Reihe gehen wollen, um uns bei passender Gelegenheit ein Bein zu stellen. Wir können nicht mit Leuten uns zusammenschließen, die nur deshalb sich zu uns gesellen wollen, um uns zum tausendsten Male „zu entlarven“, um uns vor der sozialdemokratischen Arbeiterschaft, die wir zu diesem Zwecke den kommunistischen Rednern vorführen sollen, als „Verwässerter“ zu denunzieren. Wir können uns deshalb nicht mit den Kommunisten zusammenschließen, weil wir weder im Ziel, noch in der Methode mit ihnen übereinstimmen, und weil wir auch in ihnen nicht einen Partner sehen, der verträglich ist.

So wird nie die Zeit kommen, da auch die kommunistischen Arbeiter wieder mit ihren sozialdemokratischen Klassenossen in einer Kampfreihe stehen werden? O ja, sie wird kommen! Wenn die Kommunisten sich weiter so wandeln wie bisher, wird diese Zeit kommen, noch ehe es mancher von uns für möglich hält.

Sie wird gekommen sein, wenn die Kommunisten gelernt haben, ihre Politik der Wirklichkeit anzupassen. Sie haben schon manche Fortschritt gemacht, es ist gar nicht zu leugnen. Sie haben dem Bolschewismus abgelehnt und damit ihren ganzen Revolutionsbegriff. Sie haben den Glauben an die geschichtliche Mission entschlossener Arbeiterherbeiten aufgegeben, — was sie freilich schon nach dem ersten Stadium der Schriften von Friedrich Engels hätten tun können. Sie haben schon die Bahchheit der Marxisten Lehre entdeckt, daß die Befreiung der Arbeiterklasse nur das Werk der Arbeiter selbst sein kann, — und seit sie das wissen, drängen sie sich an die früher etwas geringschätzig beurteilten Massen heran. Deshalb ihre Einheitsfrontparole! Sie haben längst den Glauben an die bolschewistische Weltrevolution, an die nach dem russischen Vorbilde mechanisch in einem Lande nach dem anderen sich vollziehende Revolution verloren — und sie haben damit ihre Auffassung des politischen Geschehens revidiert. Und sie werden schließlich auch ihre Auffassung von der Notwendigkeit eigener kommunistischer Parteien revidieren müssen. Denn diese Parteien erscheinen notwendig, wenn man glaubt, daß keine verlässliche Widerheiten im Anschluß an die Revolution in Rußland die Revolution „zu machen“ haben. Erkennt man das als unmöglich, diese ganze Auffassung als unsinnig, — wozu dann die eigenen kommunistischen Parteien? Langsam scheint man auch in Moskau zu begreifen — und in entsprechendem Abstände wird es dann auch geistig von Moskau subventionierten kommunistischen Parteien klar werden, — daß das Bestehen dieser Parteien, daß die durch sie verursachte und bedingte Schwächung der europäischen Arbeiterbewegung die größte Schädigung des Bolschewismus ist, die ihm von den Kommunisten, seinen Schöpfers, zugesagt werden konnte. — Diese Erkenntnis ist noch nicht nahe, aber sie ist auf dem Marsche . . .

Ja, auch die kommunistischen Parteien werden allmählich, wenn sie nicht vor den Arbeitern ihre absolute Sinnlosigkeit beweisen wollen, ihre Politik der Wirklichkeit anpassen müssen, sie werden sie angleichen müssen den wirtschaftlichen und politischen Kräfteverhältnissen im Lande — und sie werden dann kaum eine andere Politik machen können, als die Sozialdemokratie. Dann wird gewiß eine Einheitsfront mit ihnen möglich sein, aber dann werden sich auch die Arbeiter fragen: wozu denn überhaupt noch eine kommunistische Partei? Nun, nicht alle Kommunisten werden die Entwicklung vom Bolschewismus zum Marxismus, von der Diktatur der Proletarier zur Herrschaft der Vernunft mitmachen, — es wird neben der geeinten Arbeiterbewegung noch lange Zeit hindurch „reine“ Kommunisten geben, die hoch über aller Wirklichkeit im Reiche der Phantasie wohnen werden, — und vielleicht werden auch sie, die letzten Güter der alten Parolen, noch vor der Einheitsfront ruhen und allen „Verrätern“ üren, die ihnen nicht zum Tanz in die Lüfte werden folgen wollen.

Inland.

Zollkoalition und Minderheitenrecht.

Nach dem sogenannten Minderheitenkongress tagt nun in Genf auch die Minderheitenkommission der Interparlamentarischen Union. Es ist ziemlich nebensächlich, ob man den Vorschlag Prof. Luides, eine engere, aus neutralen Mitgliedern bestehende Kommission bei der Interparlamentarischen Union zur Prüfung schriftlicher Beschwerden der Minderheiten für richtiger hält oder den Vorschlag Medingers. Beschwerden der Minderheiten an den internationalen Gerichtshof im Haag weiterzuleiten. So lange das Minderheitenproblem nicht im Völkerbunde aufgerollt und zur Diskussion gestellt ist — und das wagt vorläufig niemand — nützt den Minderheiten weder der eine, noch der andere Vorschlag. — An den Berichten über diese Tagung des Ausschusses der Interparlamentarischen Union interessiert eigentlich nur die Rede des Schweizeren Miteri, weil sie zeigt, wie sehr die Politik der deutschen Zollparteien im Auslande die Anschauungen über die Stellung der nationalen Minderheiten in der Tschechoslowakei verwirrt!

Miteri empfiehlt nämlich den Minderheiten, sich direkt im Rahmen des Staates um die Durchführung einer besseren Lage zu bemühen. Er verwies dabei auf die in Prag zwischen einigen tschechoslowakischen und deutschen Parteien in wirtschaftlichen Fragen erfolgte Annäherung.

Miteri empfiehlt nämlich den Minderheiten, es wahrscheinlich viele wohlmeinende ausländische Politiker — mit der neuen Weisheitsbildung habe sich die Stellung der Minderheiten in der Tschechoslowakei gebessert! Muß es der Ausländer nicht glauben, wenn er hört, daß diejenigen, die sich noch vor ein paar Monaten beifüg bekämpften, nun gemeinsam eine Regierung bildeten?

Daß sich nicht, gar nichts geändert hat, daß sich bloß deutsche und tschechische Bourgeois über ein gemeinsames Geschäft geeinigt haben und diesem Geschäft zuliebe die deutschen Bürgerparteien nicht nur ihre nationalen Schmerzen verbergen, sondern sich sogar auf den Boden der Minderheiten im Parlamente entprechenden Geschäftsordnung stellen, — o, einer solchen „Realpolitik“, die so leicht mit politischer Charakterlosigkeit verwechselt werden könnte, hält selbst das Ausland, das doch deutschem Selbsttum schon misstrauen gelernt hat, unsere Teudeutschen nicht für fähig!

Die Gegenläge innerhalb der tschechischen Sozialisten.

Streit auch zwischen den Gewerkschaften.

Eine Zeit lang schien es als ob die in der tschechoslowakischen Arbeitergemeinde unter Führung des Abgeordneten Tuzan vereinigten, der tschechisch-sozialistischen Partei nahestehenden Gewerkschaftsverbände in dem Streit zwischen Alofas und Stibranz sich völlig auf Seite des letzteren stellen würden. Aus der gestern erschienenen Nummer des Blattes der tschechisch-sozialistischen Eisenbahnerorganisation geht jedoch hervor, daß dieser größte der tschechoslowakischen Arbeitergemeinde angeschlossene Verband entlassen ist, sich auf Seite des bisherigen Parteivorsitzenden Alofas zu stellen. Unter dem Titel „Für die Reinigung in der Partei, für die Reinigung in den Gewerkschaften“ schreibt das Blatt mit Bezug auf den in der nächsten Zeit stattfindenden außerordentlichen Parteikongress: „Der Kongress muß Maßnahmen zur Behebung von Affären treffen, die aus der Sehnsucht nach Bereicherung entspringen, und die, wenn sie sich auch in allen Parteien und im öffentlichen Leben überhaupt zeigen, niemals in einer Partei gebildet werden können, deren leuchtendes Beispiel die Uneigennützigkeit ihres Gründers Bruders Alofas sein muß. Die Parteilegitimation darf niemanden zur Verbergung von unehrlichen und eines Sozialisten unwürdigen Taten dienen. Das Aufkommen von Kapital aus zweideutigen Quellen und die Führung eines aufwändigen Lebens, welches die eigenen Parteigenossen provoziert, die sich ihr Brot schwer verdienen, darf nicht einmal von denen gebildet werden, die sich mit tatsächlichen Verdiensten um die Ausbreitung unserer Bewegung ausweisen können. Die Leute, welche in der Theorie den Sozialismus predigen, aber praktisch das fröhliche Leben eines Bourgeois führen, dürfen keinen Platz finden in den Reihen der tschechoslowakischen Sozialisten und dürfen umso weniger ihre Führer sein. Deswegen wäre jede Sentimentalität auf dem Kongress nicht am Platz und jede Halbheit würde dem Beginn neuer Kämpfe und neuer Kämpfe innerhalb der Partei bedeuten. Das adressieren wir auch an die Führung der Gewerkschaftszentrale der tschechoslowakischen Arbeitergemeinde. Als größter Teil der tschechoslowakischen Arbeitergemeinde können wir namens 60.000 organisierter Mitglieder erklären, daß wir zum Zentralsekretariat der tschechoslowakischen Arbeitergemeinde das Vertrauen verloren haben und daß die Führung der tschechoslowakischen Arbeitergemeinde insbesondere infolge der letzten Vorgebehalten in der Partei, den letzten Rest von Ernst und Respekt verloren hat.“

Was Stibranz selbst tun wird, darüber furchieren die verschiedensten Gerüchte. Das „Rude Pravo“ hat erfahren, daß Stibranz dem Kongress eine umfangreiche Broschüre vorlegen wird, in der er Alofas und Beneš scharf angreift und verschiedene Äußerungen des Präsidenten der Republik über Alofas anführt wird. Von anderer Seite wieder wird berichtet, daß Stibranz im Interesse der Einheit der Partei nachgeben, auf jede führende Stelle verzichten und nur das Mandat eines Abgeordneten behalten wird.

Der Reichenberger „Vorwärts“ veröffentlicht in seiner Donnerstagsnummer vom 2. September einen Artikel, der in seinen Leitern und über zwei Spalten mit folgenden Titeln überschrieben ist:

Berufsmäßige Ehrabschneidung.

Das neueste Journal-Studio des Reichenberger „Vorwärts“.

Die „Fälschung“ wird vom „Vorwärts“ folgendermaßen nachgewiesen und begründet (wörtlich und mit Sperr- und Fettdruck laut Original):

Völkerbund und Sozialdemokratie. Die Wiener „Arbeiter-Zeitung“ fälscht die Beschlüsse der Zweiten Internationale.

Auf der oben stattgefundenen Tagung der Exekutive der 2. Internationale in Zürich wurde auch die Stellungnahme der 2. Internationale zum Völkerbund behandelt und eine von Bauer (Österreich) und de Braukere (Belgien) ausgearbeitete Resolution zu dieser Frage einstimmig angenommen. Nach der Wiener „Arbeiterzeitung“ (31. August) heißt es nun im ersten Absatz wie folgt:

Die Exekutive anerkennt die Verdienste, die die Sozialisten als Vertreter ihrer Länder in Genf durch

gemeinsame Arbeit für die Annäherung der Völker und für eine Politik der Solidarität und des Friedens gemäß den Grundfäden der Internationale leisten konnten.“

Die nun aus der Veröffentlichung der Resolution in der deutschen sozialdemokratischen Presse in der Tschechoslowakei am 31. August hervorgeht, ist der oben angeführte Satz, der ja auch in der Zeitschrift schon die Schreibung zeigt, von der Wiener „Arbeiterzeitung“ gefälscht. In den tschechoslowakischen Blättern heißt der Satz wie folgt:

Die Exekutive anerkennt die Verdienste der Sozialisten als Vertreter ihrer Länder, die gemeinsam für die Annäherung der Völker und für eine Politik der Solidarität und des Friedens gemäß den Grundfäden der Internationale vieles leisten konnten.“

Der Grund dieser Fälschung liegt klar auf der Hand. Die österreichische Sozialdemokratie mußte, gedrängt von ihren Arbeitern, die so herrlich die Folgen der Zankerei Österreichs durch den Völkerbund zu spüren bekamen, ursprünglich eine scheinbar ablehnende Haltung gegen den Völkerbund einnehmen. Deshalb mußte den österreichischen Arbeitern sehr vorzudröseln, daß die Stellung der 2. Internationale zum Völkerbund ebenfalls eine kritische sei. Während die tatsächlich angenommene Resolution, wie sie auch in der tschechoslowakischen Presse wiedergegeben wurde, besagt, daß die 2. Internationale die Verdienste der Sozialisten als Vertreter ihrer Länder anerkennt, die vieles für die Annäherung der Völker usw. leisten konnten, enthielt die Wiener „Arbeiterzeitung“ den Sinn der Resolution vollkommen dadurch, daß sie erstens „viele“ streicht, zweitens die Sache von der Vergangenheit in die Gegenwart verschiebt und aus „konnten“ „sollen“ macht, und drittens, indem sie den Satz im ganzen stillschweigend, daß man kaum mehr einen Sinn überhaupt herausfinden kann.

Es ist für den „Vorwärts“ bezeichnend, daß er den verschiedenen Vorklaut in zwei Veröffentlichungen einer Resolution sich und seinen Lesern überhaupt nicht anders erklären kann als so, daß da unbedingt eine Fälschung vorliegen müsse, die natürlich mit allem Raffinement und nur zu dem Zwecke ausgeführt wurde, um die Arbeiter zu betrügen. Wollten wir diese Anlegen und Methoden des „Vorwärts“ nach Gebühr kennzeichnen, so müßten wir gegen das Pressegesetz verstoßen, das der „Vorwärts“ zur Reinigung seiner Ehre gegen uns anwenden zu lassen sicherlich wiederum keinen Augenblick Bedenken trüge. Wir begnügen uns deshalb, ohne Rücksicht darauf und in Unkenntnis dessen, wie und ob die „Arbeiterzeitung“ selber dieser Abschneidung ihrer Ehre entgegengetreten wird, mit folgenden Feststellungen:

Die ganze Resolution wurde unserer Prager Zentralredaktion von Wien aus der „Arbeiterzeitung“ telephoniert. Da damals das Telephonat schlecht vernehmbar war, sind zweifellos in Prag Hörfehler unterlaufen, deren Richtigerstellung bei der Uebersetzung aus dem Stenogramm dann auch noch zu den kleinen textlichen Abweichungen geführt hat. Die „Fälschung“ können also nur wir verübt haben. Der „Vorwärts“ kommt gar nicht auf den Gedanken, daß es sich um Hör-, Stenogramm- und Uebersetzungsfehler handeln könnte, bei ihm gibt es in solchen Fällen nur Fälschungen. Daß ein Text auf dem wahrscheinlich nicht einmal direkten Wege von Zürich nach Wien und von Wien nach Prag ohne die geringste unehrliche Absicht verändert werden konnte, das kommt für dieses ehrliche Reichenberger Kommunistenblatt gar nicht in Betracht. Wir überlassen es der Arbeiteröffentlichkeit, sich

über diese politische und journalistische Kampfweise ihr Urteil zu bilden.

Um aber dem „Vorwärts“ gleich noch Gelegenheit zu geben, nachzuweisen, daß nicht nur die „Arbeiterzeitung“, sondern so ziemlich die ganze sozialdemokratische Presse des Kaiserhandwerk betreibt, teilen wir mit, daß die sozialdemokratischen Zeitungen in Deutschland den betreffenden Satz gleichlautend folgendermaßen wiedergaben:

Die Exekutive anerkennt die Verdienste, die Sozialisten als Vertreter ihrer Länder in Genf durch gemeinsame Arbeit für die Annäherung der Völker und durch eine Politik der Solidarität und des Friedens gemäß den Grundfäden der Internationale leisten können.

Sie alle haben also so „gefälscht“ wie die „Arbeiterzeitung“ (nicht „konnten“, sondern „sollen“).

Uns liegt der authentische Text der Resolution auch heute noch nicht vor. Wir erklären aber — und die Arbeiter, auch die Kommunistischen, werden da mit uns einer Meinung sein, daß sowohl „sollen“ als auch „konnten“, weder „Dienst“ noch „Verdienste“ über den Inhalt, den Geist der Resolution nicht das geringste im Unklaren lassen und daß nur erbärmliche, einer erassen Journalistik unwürdige Läusefucherei daraus einen politischen Fall zu konstruieren vermag, dem kommunistischen Redakteure noch dazu „Fälschung“, „Schwindel“, „Schiebung“ und „Entstellung“ als Unterlage zu geben sich erdreisten können.

Wir haben es für unerlässlich gehalten, diesen Fall anzuprangern, wollen aber auch bemerken, daß es uns nachgerade unerträglich wird, mit einem Blatte, das auf und von einem solchen Niveau lebt, zu polemisieren. Es beschämt uns selber, daß solches in einem Arbeiterblatte geschieht.

Die Wälderreform und die Deutschen.

Die „Karadai Listy“ und das „Ceske Slovo“ haben die Nachricht gebracht, daß ein Teil der enteigneten Wälder deutschen Gemeinden zuzuteilen werden soll. Wie nun im „Bentoo“ mitgeteilt wird, hat das Bodenanamt über die definitiven Richtlinien betreffs die Wälderreform noch nicht entschieden. Diejenigen, welche dafür seien, daß die Wälder an Gemeinden und Bezirke zuerkannt werden sollen, müssen damit einverstanden sein, daß bei der Zuteilung auch deutsche Selbstverwaltungskörper berücksichtigt werden, nachdem die Gelege einen Unterschied zwischen Staatsbürgern verschiedener Nationalitäten in dieser Hinsicht nicht kennen.

Devilenturie.

Prager Kurse am 2. September.

	1926	1925
100 holländische Gulden	1374.—	1390.—
100 Reichsmark	903.62	807.62
100 belgische Francs	95.03	95.45
100 Schweizer Francs	651.78	654.78
1 Pfund Sterling	163.72.50	164.92.50
100 Lire	128.05	124.50
1 Dollar	33.70	34.—
100 französische Francs	101.50	102.70
100 Dinar	79.46	89.00
10.000 ungarische Kronen	4.89.45	4.79.45
100 polnische Zloty	378.—	384.—
100 Schilling	476.50	474.50

Copyright 1924 bei Buchhandlung Schneider u. Co., Wien.

Vom Baume des Bösen.

27 Von Marcel Berger.

Ich hatte Philipp noch aus seinen guten Tagen als eleganten Tänzer und gefeierten Stillführer in Erinnerung und er schien nichts von seiner alten Virtuosität eingebüßt zu haben. Der Braut umspannte seine Taille, seine Magerkeit machte den Eindruck von Schlankheit, seine Gebredlichkeit verwandelte sich in Beweglichkeit und Schwung. Sicher und gewandt drehte er sich im Takte. Ich war überzeugt gewesen, daß er die Anstrengung kaum eine Minute aushalten würde. Aber er schien keine Müdigkeit zu fühlen. Evelyn überließ sich seiner Führung und pochte sich als gute Tänzerin, bald lebhaft und leidenschaftlich, bald langsam und träumerisch, vom Rhythmus des Walzers gewiegt, jeder seiner Wendungen an. Sie hatte ihr anmutiges blondes Köpfchen an seine Schulter gelehnt und das Gesicht leicht zur Seite gedreht. Er bemühte sich, seinen Kopf steif abgewandt zu halten, vermutlich um ihr den Leihenhauch seines Atems zu ersparen.

„Glauben Sie nicht, daß es ihm Schaden kann?“ erlaubte ich mir den Doktor zu fragen.
 Pythius machte eine Grimasse, deren Bedeutung mir sofort klar war.
 „Scheuen wir ein wenig an die Luft,“ sagte er, „mein Kopf glüht.“
 „Es ist wirklich sehr heiß.“
 „Alle scheinen Konzeptionen zu haben,“ sagte der Arzt und sah sich um.
 „Man könnte glauben, daß wir den Alkohol literweise zu uns genommen haben.“
 „Von einigen kann man das auch behaupten.“

„Sie meinen den Großfürsten?“
 „Und Rita! Sie haben keine Ahnung, welche Quantitäten diese unglückselige Frauensperson trinkt!“
 Eine kindische Neugierde packte mich:
 „Wissen Sie etwas Näheres von ihr? So Tour-Aymon wollte mit ihrer Geschichte nicht erzählen.“
 Doktor Pythius ließ sich nicht lange bitten.
 „Sie war eine kleine Weiznählerin und hat ihren Mann, den sie sehr liebte, zu Anfang des Krieges verloren. Ein Schicksal, das Tausende traf. Ein Jahr lang suchte sie sich mühsam und anständig durchzubringen. Dann kam sie auf die Idee, als Hilfskraft in ein Ministerium einzutreten zu wollen. Jemand empfahl sie Darrigues. Er hat sie auf dem Gewissen. Rasch gewöhnte sie sich an das lustige Leben. Sie war jung und frisch und verlor bald alle Bedenken. In der Munitionsabteilung des technischen Militärkommandos ging sie von Hand zu Hand und im letzten Winter wurde sie dem Großfürsten Feodor im „Montec“ vorgestellt.“
 „Ihre Geschichte ist nicht gerade tragisch,“ sagte ich mit jählicher Rücksicht. „Es wäre zu viel, wenn man sich um den Lebenslauf aller kleinen Mädchen Sorgen machen würde, die sich ausschalten lassen.“
 „Nur das Kind,“ leckte der Arzt kühl hinzu, „behinderte sie natürlich ein wenig bei diesem Leben.“
 „Hatte sie denn ein Kind?“
 „Ja, ein zartes, fränkisches Kind. Der Großfürst okkupierte ihre ganze Zeit. Sie gab das Kind einer Tante in Pflege; die Tante starb. Nun kam das Kind zu einer Nachbarin. Schlecht gepflegt, schleppte es sich den ganzen Frühling hin. Dann bekam es Keuchhusten, Masern. Schließlich eine Broncho-Pneumonie und Schlaf.“
 „Wann war das?“ fragte ich erschrocken.

„Vor drei Wochen.“
 „Und sie...?“
 „Sie? Sie leben doch, daß sie Halbtrauer trägt. Mehr kann man wirklich nicht verlangen.“
 Mit einer Bestürzung, die sich mit Mißbilligung poarte, blühte ich auf die junge Frau. Ein schwarzer Trauerschleier wechte von ihrem Hute und kontrastierte pikant mit ihrem Abendkleide aus kostbaren englischen Spitzen. Das Ganze drehte sich wirbelnd im Walzerakte. Das Bild des kleinen Kindes, das vor wenigen Tagen jämmerlich zugrunde gegangen war, wollte mir nicht aus dem Kopfe.
 „Auch ein Kriegsoffer,“ sagte der Doktor trocken. „Soll man sie verurteilen oder beklagen? Natürlich beides. So steht es mit uns allen. Wenn jeder von uns in sich gehen würde...“
 Ich protestierte:
 „Aber, Doktor! Hat Ihr Patient Sie mit seinem allgemeinen Pessimismus angesteckt?“
 „Manchmal hat man lichte Augenblicke, in denen man sich über alles Rechenschaft gibt.“
 „Ein verdienstvoller Mann wie Sie...“
 „Verdienste“ wiederholte er ironisch, „sind etwas höchst Relativs. Ich zum Beispiel habe während dieses Krieges konsequent gegen die anerkannten Moralbegriffe gehandelt und bin mir meinen eigenen Ideen gefolgt.“
 „Wie?“
 Er sah mir ruhig ins Gesicht:
 „Hören Sie gut zu: Ich glaube nur an soziale Körper; das Einzelindividuum interessiert mich nicht. Nach meiner Theorie schleppt eine Rasse, in Zeiten wie die unsrige, viel zu viel minderwertige Elemente mit. Ein gutes Drittel ist überflüssig, nur Belastung für die übrigen. Und als wir Ärzte nun die Gewalt in der Hand hatten, allmächtig waren, konnte ich meine Theorie in die Praxis umsetzen. Während dieser vierjährigen Schlächtereie habe ich mein ganzes

Augenmerk darauf gerichtet, möglichst viele Schwächlinge, Rachitische und Kandidaten der Tuberkulose als Kanonensutter an die Front zu schicken. Herrgott, habe ich Menschen ans Messer geliefert! Zu Hunderten, zu Tausenden habe ich sie ihrem Schicksal zugetrieben... Natürlich machte ich mich dadurch nicht beliebt. Einer meiner „Lauglichen“ schoß sogar auf mich. Später ist er draußen gefallen. Und wenn man die Dinge von einem höheren Standpunkt betrachtet...“
 Pythius unterbroch sich:
 „Wahrscheinlich verurteilen Sie mich jetzt, finden mich verdammenswert,“ sagte er. „Wer ist das schließlich nicht von einem bestimmten Standpunkte... Werden Sie mich für eines Ihrer Väter verwenden? Uebrigens begreife ich wirklich nicht, warum ich Ihnen das alles erzähle...“
 Schweigend kehrten wir in den Kreis der Lichter zurück. Das Orchester spielte unermüdlich weiter. Philipp und Evelyn hatten nicht aufgehört zu tanzen. Der Arzt stand starr:
 „Das ist zuviel! Er muß einen Blutsturz bekommen! Gleich wird er zusammenbrechen... Was für ein Skandal!“
 Er eilte selbst zu den Zigeunern und gebot ihnen Einhalt. Sie waren so im Feuer, daß sie ihn erst bemerkten, als er von ihnen die Hand auf die Schulter gelegt hatte. Gehorsam brachen sie mitten im Takte ab, aber die Poarte dreht sich noch einige Sekunden weiter... Dann erst ließ Philipp Evelyn aus. Sie war wie berauscht und taumelte. Ohne sich ein Wort zu sagen, trennten sie sich. Er wandte in eine dunkle Ecke, pochte ein Taschentuch an seine Lippen und spuckte. Sein Atem klangte wie ein überheizter Motor.

(Fortsetzung folgt.)

Von Bierville nach Genf.

Von Paul Jaurès-Paris,

Mitglied der französischen Kammer.

Es wird in letzter Zeit ungebührlich viel vom Frieden, von der Notwendigkeit des Friedens gesprochen, es wird davon gesprochen, den Frieden zu „organisieren“. Wir sehen darin keinen Nachteil, wenn sich einzelne Menschen und Staaten Sorgen darum machen, wie sie die Wiederkehr eines derartigen Blutbades zu verhindern suchen, als dessen Folgen unsere und die kommenden Generationen Elend und Trauer zu tragen haben. Wir finden das jedenfalls besser als neue Kämpfe. Die französischen Sozialisten, die grundsätzlich pazifistisch eingestellt sind, werden sich hüten, irgend einen Versuch, der zur gegenseitigen Annäherung der Völker und zur Befestigung des Friedens dienen kann, zu unterlassen. Sie folgen jedem solchen Versuch mit vollem Interesse und sind immer bereit, alle Kräfte zu internationaler Gesetgebung zu unterstützen, die den Krieg verhindern wollen, und sie sich zu eigen zu machen. Sie haben aber zu viel Enttäuschungen erlebt, um sich Illusionen oder vorzeitigen Hoffnungen hingeben. Deshalb hat sich kein französischer Sozialist an der Rundgebung von Bierville beteiligt, wo in trauter Eintracht unter dem Hirtenstab Marc Sangnier und der Bischöfe unter der Protection der bürgerlichen Demokraten der ewige Frieden gefeiert wurde, bald im Namen Christi, bald im Zeichen des Weltgewissens, das im übrigen gar nicht existiert, wie der Skeptiker Anatole France sagte.

Gewiß verdienen es die verschiedenen Vorschläge, die unter den Bäumen von Bierville von der Mehrzahl nach humanitären und ohne Zweifel ernstzunehmenden Persönlichkeiten gemacht wurden, nicht, daß man sie böswillig verpörrt. Das Christentum Herrn Marc Sangniers und der demokratische Idealismus Herrn Ferdinand Buissons entsprechen sicherlich ihren guten Herzen. Aber es ist bemerkenswert, wie wirkungslos diese Worte im sozialen Milieu des bürgerlichen Lager verhallen. Die angenommenen Entschlüsse zeigen im übrigen von einer außerordentlichen geistigen Verwirrung, zurzeit wo es dringend notwendig wäre, sich aus der mystischen Wolkenhöhe schöner Friedenssträume zu den praktischen Notwendigkeiten hinabzubewegen und sich über die furchtbaren möglichen Folgen eines neuen Konflikts der Völker klar zu werden.

Ein anderer Versuch ist das Werk von Genf. Auch ihm stehen die Sozialisten nicht vorbehaltlos gegenüber, weil sie die Schwächen und Fehler dieses Werkes sehr wohl kennen. Hier aber berühren wir den Kernpunkt des ganzen Problems. Was kann der Völkerbund in seiner heutigen sozialistischen Form zur Befestigung der Friedensgefahr tun? Es ist durchaus zu begrüßen, daß die Regierungen gezwungen sind, unter Kontrolle ihrer Völker die Maßnahmen zur Schaffung einer ernsthaften internationalen Gesetgebung zu ergreifen. Maßnahmen, die sich etwa folgendermaßen umschreiben lassen: Verringerung sämtlicher Rüstungen zu Lande, zu Wasser und in der Luft, Verringerung des Kriegsbudgets, internationale Kontrolle und Schiedsgerichtsbarkeit durch einen internationalen Schiedsgerichtshof und gemeinsames Vorgehen aller Staaten gegen den, der sich einem Schiedspruch nicht fügt.

Wir kennen alle Einwände, die man gegen die Wirksamkeit dieser Maßnahmen erheben kann: Geheimverträge, Geheimverrichtungen mit Hilfe der technischen Wissenschaften, wirtschaftliche Interessengegensätze, die sich in gesteigertem Imperialismus ausdrücken.

Trotz alledem kann eine gründliche Auseinandersetzung in Genf dazu führen, daß entweder die Chimäre der bürgerlichen Regierungen gegenüber den in der kapitalistischen Gesellschaft wirkenden Kräften und der innerhalb ihrer eigenen Grenzen unüberwindbare kriegerische Charakter der kapitalistischen Gesellschaft offen zutage tritt oder eine internationale Gesetgebung und eine Friedensatmosphäre geschaffen wird, die die Möglichkeit zwischenstaatlicher Konflikte unbedingt ausschließt oder sie zum wenigsten stark vermindert.

Beim Eintreten des ersten Falles werden wir den Völkern aller Länder den unaufhaltsamen Bankrott der bürgerlichen Welt vor Augen führen und ihn für uns ausnützen können.

Andererseits werden wir eine Gruppe der Entwicklung der menschlichen Gesellschaft zu verzeichnen haben, die weitaus blühend und heftig vor sich geht, in der die Solidarität des „Weltgewissens“, die Gefühle der Menschlichkeit werden nützen können.

Wir werden unsere Erfahrungen machen. Der Sozialismus hat in keinem Fall etwas zu verlieren.

Eine feine Berretung!

Rumänien repräsentiert die Kleine Entente. Aus Bukarest wird dem Tsch. P.-B. geschrieben:

Der am Samstag, den 27. August, in Sinalia abgehaltene Ministerrat nahm definitiv zur Kenntnis, daß Rumänien die Kleine Entente im Völkerbundesrat vertreten wird. Die rumänische Delegation reist am 2. September nach Genf ab. Einige Blätter brachten die Meldung, daß Rumänien Aufnahmewilligkeit für die Aufnahme in den Reich der Fabel gezeigt. Die rumänische Regierung kann einen ähnlichen Vertrag weder anbieten noch unterzeichnen, solange die rumänische Grenz am Injunkt von der Sowjetregierung nicht definitiv anerkannt sein wird.

Spanien fehlt in Genf.

Venes Vorsitzender des Rates.

Genf, 2. September. Der Völkerbundesrat ist heute um 11 Uhr vormittags zunächst zu einer geheimen Sitzung zusammengetreten. Um 11 Uhr 50 Minuten wurde die öffentliche Sitzung eröffnet. Von den zehn Ratsmitgliedern sind bloß acht anwesend. Brasilien verließ bereits im März die Frühjahrssitzung und der spanische Delegierte Palacios hat sich diesmal nicht eingestellt, weil, wie er sagte, er noch keine Instruktionen seiner Regierung erhalten hat. Seine Abwesenheit ist das Ereignis des Tages. Den Vorsitz im Rate der gegenwärtigen Session führt der tschechoslowakische Außenminister Dr. Beneš. Bekanntlich wechseln die Mitglieder des Völkerbundes in alphabetischer Ordnung im Ratspräsidenten jedes Vierteljahr ab. So führte Dr. Beneš bereits im Juni 1924 im Rate den Vorsitz und gegenwärtig ist die Reihe zum zweitenmal an ihm.

Die Krise in der Textilindustrie.

Vorsprache der Gewerkschaftsvertreter bei der währischen Landesverwaltung.

Prünn, 2. September. Heute sprachen unter Führung des Genossen Senator Filipinich die Vertreter der drei Textilarbeiterorganisationen, des Reichenberger, Brünnner und Nachoder Verbandes, beim Chef der politischen Landesverwaltung vor. Die Deputation, an der für den Reichenberger Verband Genosse Zandl (Holltau) teilnahm, schilderte die katastrophale Situation der währischen Textilindustrie, besonders der Baumwoll-, Leinen-, Jute- und Seidenbranche, die am schwersten von der Krise betroffen seien. Die Vertreter der Gewerkschaften verholten die auf der Prager Konferenz der Textilarbeiterverbände beschlossenen Forderungen, insbesondere die nach Weiterzahlung der Arbeitslosenunterstützung in der einschubhohen Höhe für die bereits ausgeheuerten Arbeiter. Der Chef der Landesverwaltung versprach, die Regierung über die Lage der Textilindustrie in Währen eingehend zu informieren.

Die Dimensionen der Krise in der Textilindustrie sind aus der Höhe der ausbezahlten Arbeitslosenunterstützungen am besten zu ersehen. Der Reichenberger Verband zählte an 29.456 Arbeitlose 3.450.000 Kč aus, der Brünnner (tschechoslowakisch-sozialdemokratische) 1.457.000 Kč und der Nachoder (nationalsozialistische) 1.983.000 Kč. Die Zahl der arbeitslosen Textilarbeiter dürfte mit 100.000 nicht zu hoch gegriffen sein.

Änderung des Dawesplans.

Berlin, 2. September. (Eigenbericht.) Heute ist zwischen dem Reichsfinanzminister und dem Generalagenten der Reparation, Parler Gilbert, eine wichtige Abänderung des Dawesplanes vereinbart worden, die bereits die Zustimmung der Reparationskommission gefunden hat. Nach dem Dawesplan war ein bezeichnetes Verfahren vorgelesen, wonach im Falle einer Erhöhung der Einnahmen aus den Zöllen und bestimmten indirekten Steuern für das Reich über eine Milliarde Mark in den Jahren 1926 bis 1928 ein Drittel davon bis zur Gesamthöhe von einer halben Milliarde als Sonderreparation bezahlt werden sollte.

Die unter dem Einfluß der Rechtsparteien stehende Regierung Luther hat aber durch die Einführung der Hochschulzölle und die Erhöhung der Massensteuern die Löhne auf die breiten Massen abwälzen wollen, damit nicht die Grund-, Vermögens- und Erbschaftsteuern erhöht werden. Es ist ihr tatsächlich gelungen, aus Zöllen und Massensteuern dem Volke zwei Milliarden Mark abzupressen. Es hätten also die Zusatzreparationen heute geleistet werden müssen.

Auf Grund der vereinbarten Abänderung werden nun statt der 500 Millionen Mark, die als Zusatzleistung in den Wintern 1927 und 1928 zu zahlen waren, vom Oktober 1926 an 300 Millionen Mark gezahlt. Diese Zusatzleistungen werden nicht in bar transferiert, sondern in Sachlieferungen geleistet werden. Die Summe soll voll zu Bestellungen bei der deutschen Industrie verwendet werden. Eine weitere für die Reichsfinanzverwaltung nicht unwesentliche Ergänzung besteht darin, daß die Einnahmen aus den verpfaundeten Zöllen und Verbrauchsteuern direkt in die Reichskasse fließen und daß die Reparationszahlungen daraus erst 45 Tage später abgezogen werden dürfen.

Der nächste Parteitag der SPD. — Köln im Mai 1927.

Berlin, 2. September. (Eigenbericht.) Der Parteiauswahl der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, der zurzeit in Berlin versammelt ist, beschloß, als Termin des nächsten Parteitages Mitte Mai 1927 und als Ort Köln festzusetzen. Bisher fanden die Parteitage im Herbst statt, aus Gründen der Geschäftsführung aber ergab sich die Notwendigkeit, diesmal das Frühjahr zu wählen. Ferner wurde beschlossen, vom 16. bis 27. Oktober d. J. eine Weibewoche für Partei und Presse zu veranstalten. Die Parteioptionen werden 1926 übersteuern, um die der sozialistischen Bewegung noch fernliegenden Massen zu erfassen. Es ist ein guter Erfolg der Aktion zu erwarten.

Die englischen Bergarbeiter geben der Exekutive freie Hand.

London, 2. September. Die Delegiertenkonferenz der Bergarbeiter hat mit 537.000 gegen 223.000 Stimmen den Vorschlag des Vollzugs-

auschusses angenommen, daß der Ausschuh ermächtigt werden soll, Vorschläge für die Aufstellung eines nationalen Uebereinkommens zu unterbreiten. Eine weitere Konferenz soll zur Erledigung aller Vorschläge für die Regelung einderufen werden. Der Vollzugsausschuh wird freie Hand haben sowohl über die Zahl der Arbeitsstunden als auch über die Löhne zu verhandeln, unter der einzigen Bedingung, daß ein nationales Uebereinkommen zustande kommen muß.

Zur Rechten des Präsidenten nehmen Briand (Frankreich), Scialoja (Italien), Vandervelde (Belgien) und Guani (Uruguay) ihre Plätze ein. Links vom Präsidenten sitzen der Generalsekretär des Völkerbundes Drummond, ferner Chamberlain (Großbritannien), Aihii (Japan) und Uden (Schweden).

Der Ausschuh ermächtigt werden soll, Vorschläge für die Aufstellung eines nationalen Uebereinkommens zu unterbreiten. Eine weitere Konferenz soll zur Erledigung aller Vorschläge für die Regelung einderufen werden. Der Vollzugsausschuh wird freie Hand haben sowohl über die Zahl der Arbeitsstunden als auch über die Löhne zu verhandeln, unter der einzigen Bedingung, daß ein nationales Uebereinkommen zustande kommen muß.

Noch immer neue Gememörder

Berlin, 2. September. Im Zusammenhang mit dem Gememord an dem Hauptmann a. D. Wagener ist vor einigen Tagen, wie eine Berliner Zeitungskorrespondenz zu melden weiß, der Hauptkriminalbeamte der Zeitschrift „Der Stahlhelm“ Friedrich Wilhelm Heinz in Magdeburg verhaftet worden. Heinz wird von einem der an der Affäre Beteiligten beschuldigt, der Anstifter der Ermordung Wageners zu sein.

Die amtlichen Ausreden.

Die Manöver stehen dem Kriege in nichts nach!

Prag, 2. September. Zu den Militärflugzeug-Absturzfällen meldet die Presseabteilung des MWD: Am 2. September um 5 Uhr früh stürzte bei einem Übungsfluge bei Chropin in Währen das Flugzeug A 12-64 ab und verbrannte. Die Besatzung Leutnant Benet Fleißig und Korporal-Pilot Wilhelm Mitsch verbrannten. Am selben Tage um dreieinhalb 7 Uhr geriet das Flugzeug A 12-16 bei Ober-Bennisch in Währen in einer Höhe von 1200 Metern in eine Spirale. Dem Piloten gelang es nicht, den Apparat ins Gleichgewicht zu bringen und so habaritierte das Flugzeug. Die Besatzung Oberleutnant Stefan Minarik und Korporal-Pilot Bohus Rudela kamen ums Leben. Ueber die Ursache der beiden Havarien sind die Berichte der an die Unglücksstätte abgereisten um technische Nachleute von der militärischen Studien-Fluganstalt und Sachverständige aus den Kreisen der Flugindustrie erweiterter Militärkommission abzuwarten. Es ist notwendig, daß unsere Öffentlichkeit über die Sache sich ein richtiges Urteil bilde und sich bewußt werde,

daß in der Zeit der keldmähtigen Divisionsübungen unser Militärflugwesen in breitem Maßstabe und mit Anspannung aller Kräfte unter Verhältnissen arbeitet, die den Verhältnissen im Kriege in nichts nachstehen,

freilich nicht bedeutet, daß nicht alle Maßnahmen für die Flugsicherheit getroffen werden. Jedes Flugzeug startet nur nach gründlicher Untersuchung. Auch ist niemand zum Fluge gezwungen, der sich nicht disponiert fühlt. Die Unfälle, von welchen unsere ausdauernden Flieger in den letzten Tagen betroffen wurden, müssen eben durch die außerordentlich erhöhte Tätigkeit auf den gelegentlichen keldmähtigen Flugplänen auf die Witterungsverhältnisse durchgeführt werden muß. Auch ist in solchen Fällen mit einem gewiß achtenswerten Mut unserer Flieger zu rechnen, welchem freilich, soweit er sich vielleicht zur Bronzer steigerte, durch Verbote und Vorschriften ein hemmender Riegel vorgehoben wird. Die Luftschiffahrt, die erst in den ersten Jahren ihrer Entwicklung sich befindet, bezahlt ihren Fortschritt mit diesem traurigen Tribut.

Demission Girjas.

Prag, 2. September. Die „Tid. Robin“ haben gestern die Meldung gebracht, daß der Rücktritt des langjährigen Gehilfen des Außenministers Dr. Beneš, des bevollmächtigten Ministers Girja, beabsichtigt. Girja stand Beneš die ganze Zeit sehr nahe. In der letzten Zeit soll es im Gefolge der Affäre Gajda zu Differenzen gekommen sein. Für Girja, der ja als in Rußland geborener Tscheche zu den besten Kennern Rußlands zählt, ist bekanntlich die Vertretung der Tschechoslowakei in Moskau in Aussicht genommen. Wie es nun in politischen Kreisen heißt, soll an Stelle Girjas in das Prager Außenministerium der derzeitige tschechoslowakische Gesandte in Berlin, Prof. Dr. Emil Krofta, der früher in Wien war, berufen werden. Bemerkenswert ist, daß Prof. Krofta, der allerdings kein aktiver Parteipolitiker ist, doch als Angehöriger der nationaldemokratischen Partei in dieses Amt berufen werden soll.

Tages-Neuigkeiten.

Auschnitte.

Die Haltung Spaniens bleibt unverändert. Es hält seinen Anspruch auf einen ständigen Ratsitz aufrecht. — „Es“? „Spanien“? So demonstrieren wohl die Massen in Madrid und in Barcelona für den ständigen Ratsitz? Ach nein! „Spanien“ — sofern ein Land durch seine Bewohner repräsentiert werden kann — Spanien wird nicht gefragt und darf auch ungefragt nicht reden. Ein Mensch, der Diktator, will den ständigen Ratsitz — und deshalb muß der Völkerbund zittern! Welche Steigerung des Machtdünkels Primo de Riveras! Aber auch welche Lehre für Europa, für die Welt! Eines ungebildeten Selbstlings Laune kann den Völkerbund sprengen. Wäre nicht selbst ein unvollkommener Parlamentarismus, selbst ein verfälschter und kranker, der Herrschaft der Diktatorenlaunen vorzuziehen?

Die falsche Sparsamkeit der deutschen Reichsbahndirektion beginnt jetzt seltsame und unerwartete Früchte zu tragen. Daß falsch angewandte Sparsamkeit an dem großen Eisenbahnunglück bei Hannover schuld sein konnte, somit schon das Schreckliche eines solchen Sparens erweisend, das konnte die Eisenbahnverwaltung nicht zugeben. Keiner wird ja immer unfehlbar. Also waren nicht der Arbeiterabbau, die mangelnde Streckenkontrolle, die Materialabnügung Ursachen des Unglücks, sondern ein entlassener Angestellter mußte einen Racheakt begangen haben. Zeigt sich regende Gewissensbedenken und hohe amtliche Arbeiterverachtung drängten zu solcher Erklärung, die zugleich alle Behauptungen zu teuren Sparens widerlegen sollte. Aber jetzt gibt es wirkliche Aufschläge! Stumpfsinnig angelegte, aber doch gefährliche verbrecherische Aufschläge wider die Bahn! Denn so wie jedes funktionelle Verbrechen aufsteckend wirkt, eine Psychose schafft, so natürlich auch dieses nur in der trocken Phantasie eines hohen Beamten gesprochenen „Verbrechen“. Das vermutet Verbrechen als Ursache der wirklichen! Nun, da bald in ganz Deutschland die Polizei zur Bewachung der Bahnhäuser wird mobilisiert werden müssen, — nun wird sich erst preußisch-deutsche Sparsamkeit ganz auswirken! Denn alles das kommt zwar teurer als ordentliche Bezahlung der notwendigen Anzahl von Arbeitern und Beamten, — aber es gehört nicht zu den Vertriebskosten!

Bellweg.

Radio im Bergwerk.

Immer mehr strebt die Radiotechnik nach Vervollkommnung. Von Zeit zu Zeit liest oder hört man von Send- und Empfangsversuchen unter besonders schwierigen Verhältnissen. Die meisten Neuerungen auf diesem Gebiete sind in den Laboratorien der Forscher entstanden. Um so erfreulicher ist es, wenn auch in praktischer Arbeit stehende Sendeleitungen durch Uebertragungsversuche die Forscher unterstützen.

Nachdem im vorigen Jahre der Versuch unternommen worden ist, durch einen Taucher auf dem Meeresgrunde das Mikrophon besprechen zu lassen, erfuhren wir in den letzten Tagen wieder von einem Unternehmen des Dortmundener Senders, dessen Gelingen von größter Bedeutung in verschiedener Beziehung sein wird. Man braucht dabei nur einmal an die vielen Unglücke im Bergbau zu denken, zu deren Verminderung die drahtlose Uebertragung aus der Tiefe zweifellos Möglichkeiten bietet, mit denen bisher nicht zu rechnen war. Zunächst wurde das Mikrophon am „Hilferr“ unter Tage angebracht. Der Standort wurde so gewählt, daß nach oben hergestellter Verbindung alle Geräusche einwandfrei wiedergegeben werden konnten. Die an den weit entfernten Empfangsapparaten über Tage sitzenden Teilnehmer hörten das Rollen der Wagen, das Anschlagen des Förderfördes, das Klingeln der Fahrsignale, Surren der Maschinen, Läuten der vorbeifahrenden Grubenlokomotiven und das Rufen der hier beschäftigten „Kumpels“. An stilleren im Bau liegenden Betriebspunkten konnte man die persönliche Unterhaltung zwischen Steigern und Vertretern des Senders wahrnehmen. Ein Steiger verstand es, mitten im eigenen Tätigkeitsfeld in einem Vortrag ein plastisches Bild von einem modernen Untertage-Bergwerksbetriebe zu entwerfen.

Das erstmalig stand ein großer Teil der sonst unbeteiligten Bevölkerung in engster Verbindung mit dem im Erdinnern schaffenden, von Gefahren umgebenen Bergmann. Eindrücke wurden vermittelt, deren man selten teilhaftig werden kann. Der gut arbeitende technische Apparat, die wohlgeordnete Zusammenstellung des Programms, die laudbare Übergabe der Geräusche bringen den Beweis, daß dieser erste Versuch vollkommen geglückt ist. Hoffentlich trägt er dazu bei, das Radio in den Dienst der Grubensicherung zu stellen! Wünschenswert ist ferner, daß des öfteren solche oder ähnliche Versuche angestellt werden, um weiteren Kreisen Einblick in die Welt des Arbeiters zu geben.

Bergwerkunglück in Oberschlesien. Aus Katowitz wird gemeldet: Auf der „Nicolas“-Grube in Jalesze stürzte in einer Kohlenlampe, in welcher vier Bergarbeiter beschäftigt waren, ein Pfeiler ein. Die herabstürzenden Kohlenmassen verschütteten die Arbeiter, von denen nur einer noch stundenlanges Rettungsarbeiten zutage gefördert werden konnte. Drei Arbeiter fanden den Tod.

Kleine Chronik.

Eine amerikanische Intelligenz-Prüfung.

Eine Volkserogierung setzt eine aufgeklärte Bevölkerung voraus. Wie aufgeklärt aber die Bevölkerung ist, geht aus dem Resultate einer Prüfung hervor, die erst kürzlich in der 3. und 4. Klasse eines amerikanischen College vorgenommen wurde.

Den Schülern wurden 60 Fragen gestellt. Die meisten Fragen, 98 Prozent, beantwortete ein Schüler jüdischer Abkunft. Den zweiten Grad, 97 Prozent, erreichte ein Russe. Von einem geborenen Amerikaner wurden nur 89 Prozent beantwortet, der niedrigste Grad war 19 Prozent.

Der Prüfende sagte, daß er vorausgesetzt hätte, daß die Studenten eines College mit den markantesten Personen der Geschichte der Menschheit und der gegenwärtigen Zivilisation vertraut seien. Wie vertraut diese jungen Leute mit diesen Gegenständen sind, erleuchten ihre Antworten. Befragt, den Grund anzugeben, weshalb die nachstehenden Männer und Frauen bedeutungsvoll seien, ihre Nationalität anzuführen, womöglich auch das Jahrhundert, in welchem sie lebten, oder wenigstens zu sagen, ob sie noch leben oder schon tot seien, gaben die Studenten folgende Antworten:

	% korrekte Antworten	% falsche Antworten	% keine Antworten
Plato	5	80	15
Vesalozzi	15	85	0
Ram	10	17	73
Alfred Nobel	2	18	80
Edward Jenner	2	14	84
Goethe	30	45	25
Solon	4	44	52
Confuzius	4	6	90

Mehrere dieser studierten Jünglinge behaupteten, daß Plato ein griechischer Mathematiker war, manche, ein Philosoph des 18. Jahrhunderts. Nur ein Student hatte Platos Republik gelesen, das Buch entlehnte er der Bibliothek seines Vaters, der ein Schulumacher war. Zwei bezeichnete Vesalozzi als einen italienischen Maler, der im 14. oder 15. Jahrhundert lebte. Manche behaupteten, daß er ein amerikanischer Schriftsteller sei. Edward Jenner, der Erfinder der Pockenimpfung, der vielleicht mehr Leben gerettet hat, als alle Heerführer der Jahrhunderte umbrachten, wurde als ein Schriftsteller, ein amerikanischer Doktor bezeichnet. Jannamel Kant erging es besonders übel, er verwandelte sich in einen deutschen General und Geistesführer Alfred Nobel ließ man im 15. und 16. Jahrhundert leben, einige liehen ihn noch weiter leben, manche bezeichneten ihn als einen reichen Juden, als einen französischen Maler und einer sogar als den „Erfinder“ des Nobel-Preises. Goethe war für viele ein deutscher Musiker, für andere ein griechischer Philosoph. Von Solon, dem großen Gesetzgeber, hatten viele etwas gehört, aber sie konnten sich nicht mehr daran erinnern. Einer antwortete gar: „ein hebräischer Tänzer“, indem er ihn mit Salome in Verbindung brachte. Nur vier gaben eine korrekte Beschreibung von Confuzius. Für sechs war er ein Philosoph, für einen gar ein polnisches Schriftsteller, ein Astronom, ein Heide, und 90 hatten nie etwas von ihm gehört.

Nur ein einziger wurde von allen genannt: Napoleon, der große Schlachtführer. Und dies nicht die Mitglieder unserer amerikanischen Intelligenz, die über unvorfisende Fremde spötteln und die Unwissenheit der Arbeiter belächeln.

„The New Yorker“ (3. 8.)

Volkswirtschaft.

Rückgang der Ausfuhr auch im Juli.

Das Statistische Staatsamt gibt soeben eine Uebersicht über den tschechoslowakischen Außenhandel im Juli 1926 heraus. Danach betrug die Warenausfuhr in diesem Monat 1.335.931.648 K. Die Einfuhr 1.165.633.392 K. In derselben Zeit des Vorjahres betrug die Ausfuhr 1.467.257.985 Kronen, die Einfuhr 947.924.180 K. Es ist also die Ausfuhr um mehr als 100 Millionen zurückgegangen, während die Einfuhr um mehr als 200 Millionen gestiegen ist. Die Aktivität des Außenhandels hat sich also um 300 Millionen Kronen zu ungunsten der Tschechoslowakei verschlechtert und betrug im Juli 1926 nur noch 170.298.256 K.

Rechnlich ist das Resultat, wenn man die ersten sieben Monate des heurigen Jahres mit der gleichen Zeit des Vorjahres vergleicht. Von Jänner bis Juli 1925 betrug die Ausfuhr 10.385.801.639 K., die Einfuhr 8.592.308.228 K. In derselben Zeit 1926 aber betrug die Ausfuhr 9.242.454.492 K., die Einfuhr 8.675.256.115 K. In den ersten sieben Monaten des heurigen Jahres ist also gegen die gleiche Zeit des Vorjahres die Ausfuhr um mehr als 1100 Millionen zurückgegangen, die Einfuhr um etwa 300 Millionen. Die Aktivität der Handelsbilanz hat sich also zu ungunsten der Tschechoslowakei um etwa 800 Millionen verschoben und beträgt für diese Zeit 567.198.377 K.

Bemerkenswert ist, daß die Ausfuhr nach Deutschland, die im Juli 1925 über 24 Prozent der Gesamtausfuhr der Tschechoslowakei betragen hat, nunmehr nur noch etwas über 19 Prozent beträgt, und daß die Ausfuhr nach Österreich von etwas über 17 auf etwa 15,5 Prozent gesunken ist.

Die Krise in der Glasindustrie.

7000 Arbeitslose, davon 4000 ohne jede Unterstützung, 20.000 Kurzarbeiter. — Vor einem grauenvollen Winter.

Aus Glasarbeiterkreisen wird uns geschrieben:

Wenn man in den letzten Monaten die verschiedenen Fortgänge in der Glasindustrie dieses Staates verfolgt, hat, so muß man konstatieren, daß

die Krise einen erschreckenden Umfang angenommen

hat und die gegenwärtige Situation beinahe derjenigen gleicht, wie sie die Glasindustrie in den Jahren 1923—1924 durchzumachen hatte, nur mit dem Unterschiede, daß sich die Auswirkungen der Krise unter den verschiedenen Branchen verschoben hat. Einstellung ganzer Betriebe, Lösen von Oefen, Massenentlassungen und allgemeine Kurzarbeit bei dem übrigen Teile der Arbeiterschaft sind genau so an der Tagesordnung wie zur Zeit der schweren Krise der Glasindustrie vor drei Jahren. Wenn sie zahlenmäßig noch nicht den Umfang von damals aufweist, so nur aus dem Grunde, weil der Beschäftigungsgrad gegenüber den Jahren 1921—1922 um mehr als 30 Prozent zurückgegangen ist, das heißt, mehr als 30 Prozent des jetzigen Gesamtumfangs der tschechoslowakischen Glasindustrie gänzlich verloren gegangen ist. Von diesem Gesichtspunkte muß man auch die gegenwärtige Situation beurteilen.

In den Jahren 1924, insbesondere im ersten Halbjahre 1925, hatte sich nun die Glasindustrie von dem schweren Schlage der Krise soweit erholt, daß mit einer annähernden Kapazität von 70 Prozent flott gearbeitet werden konnte und die Situation als allgemein gute bezeichnet wurde, weil die noch fehlenden 30 Prozent zumeist Konjunkturunternehmen waren, mit deren Verschwinden man bei der ersten wirtschaftlichen Erhellung rechnen mußte. Aber die gute Konjunktur für die übrigen 70 Prozent der Kapazität war nicht von allzu langer Dauer und bereits in der zweiten Hälfte des Jahres 1925 kehrten wiederum die ersten Krisenerscheinungen ein, welche immer weiter um sich griffen und gegenwärtig geradezu katastrophale Formen angenommen haben.

Am schwersten hieron ist die Gabsborger Industrie betroffen,

welche schon seit länger als Jahresfrist Zuständen von so großer Not und einem Massenelend zu verzeichnen hat, wie es in den Jahren 1922—1923 nicht der Fall war. Aber auch in den anderen Gebieten und Branchen herrscht eine furchtbare Arbeitslosigkeit und es dürften nur die Spiegel- und Maschinenglasindustrie eine Ausnahme bilden, welche, wenn schon nicht gut, so doch zumindestens teilweise beschäftigt sind. Allgemein in Zahlen ausgedrückt, ergibt sich für das Aktionsgebiet des Zentralverbandes der Glasarbeiter in Lausvald folgendes Bild:

Aktionsgebiet	ge- wöhn- liche Arbeits- kräfte	an- ge- nom- men	ohne Unter- stützung	Kurz- arbeit
Betriebsarbeiter Hfergebiete	820	280	287	
in der Heimindustrie	1370	1150	4280	
Polka	274	195	4280	
Teplitz, Böhmschmen	600	247	1800	
Böhmerwald	297	87	470	
Mährn-Schlesien	80	52	285	
Zusammen	3450	2020	11222	

Welche Rechte den Angehörige Verstorbenen, bis zum 1. Juli Beiträge an die Alters- und Invalidenversicherung leisteten?

Der § 121 des Gesetzes über die Sozialversicherung bestimmt: „Ist ein Versicherter vor Ablauf der Wartezeit (§ 107) gestorben, so haben seine Hinterbliebenen Anspruch auf eine Abfertigung in der Höhe der einjährigen Invaliditätsrente, auf die der Versicherte Anspruch gehabt hätte, wenn er die Wartezeit in der Wohnstätte vollendet hätte, in der er zur Zeit seines Ablebens versichert war.“ Die Invaliditätsrente beträgt 150 Beitragswochen in der

Wartezeit	Erweiterungsbeitrag	Zusammen
K2	K6	K5
Klasse A 500	129	629
B 500	171	671
C 500	213	713
D 500	254	754

so daß die Hinterbliebenen nach den in der Wartezeit verstorbenen Mitgliedern ohne Rücksicht darauf, ob der Tod des Versicherten in der ersten Woche oder vor Ablauf der 150. Woche nach Inkrafttreten des Sozialversicherungsgesetzes erfolgt ist, wenn er in den Wohnstätten für die Krankenversicherung I—III versichert war, eine Abfertigung von 629 K6 in den Wohnstätten IV und V eine Abfertigung von 671 K6 in den Wohnstätten VI und VII eine Abfertigung von 713 K6 in den Wohnstätten VIII bis X eine Abfertigung von 754 K6 zu beanspruchen haben.

Zeit dem Inkrafttreten des Gesetzes, scheinen aber in Anlehnung des § 121 des Gesetzes vom 9. Oktober 1924, Zg. 221, die Hinterbliebenen der Versicherten keinen oder nur in den seltensten Fällen Gebrauch davon gemacht zu haben. Da der § 122 des zitierten Gesetzes jedoch bestimmt: „Der Anspruch auf Abfertigung muß binnen einem Jahre

Rechnet man zu diesen Ziffern für die Aktionsgebiete der anderen Organisationen die gleichen Zahlen, so ergibt sich, daß die Glasindustrie der Tschechoslowakei rund 7000 Arbeitslose aufzuweisen hat, wovon gegen 4000 ohne jede Unterstützung dastehen, weil sie teils ausgesteuert sind oder die notwendige Kurzarbeit in der Gewerkschaft zum Bezuge der Unterstützung noch nicht haben, teils überhaupt keiner Organisation angehören, was besonders für die Heimarbeiter zutrifft. Neben diesen 7000 gänzlich arbeitslosen Glasarbeitern sind noch mehr als 20000 Kurzarbeiter gelegentliche Arbeit bei Strohen, Talsperren, Wasserleitungen und sonstigen Bauern verrichten, so daß nicht 20 Prozent Vollarbeiter in Betracht kommen.

It schon durch die Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit die Existenz Tausender von Glasarbeiterfamilien eine trostlose, ja in vielen Fällen eine verzweifelte, so dürfte der Höhepunkt noch nicht erreicht sein, wenn nicht in kurzer Zeit eine Wendung zum Besseren eintritt, weil wir dem Winter entgegengehen und dann eine beträchtliche Anzahl Glasarbeiter, welche jetzt noch anderweitig eine Beschäftigung, wenn auch nur periodenweise, finden konnten, auch diesen Erwerb verlieren, wobei es sich in vielen Fällen auch um ausgesteuerte Mitglieder der Gewerkschaft handelt. Jedem kommt noch, daß die rauhe Zeit, der Herbst und Winter, noch eine ganze Reihe anderer Gefahren für den Arbeiterhaushalt mit sich bringt. Wenn da nicht bald eine Wendung eintritt, sind

Verzweiflungsausbrüche dieser bedauernswerten Opfer unvermeidlich,

ja es muß sich der Remer all des vorhandenen Elends und der himmelschreienden Not, welche in vielen Familien besonders zu verzeichnen ist, geradezu wundern, daß nicht schon längst Hungerkrawalle stattgefunden haben, an denen ja gerade die Geschichte der Arbeiter des Schieferlands so ungemein reich ist.

An diesem geradezu trostlosen Zustande trägt auch die Regierung einen großen Teil Schuld und die Verantwortung für eventuelle Ereignisse fällt ihr mit zu, weil eben für diese Opfer nichts getan wird. Das Genet System ist undraufklar und alle Vorstellungen um anderweitige Unterstützung der Ausgesteuerten und Kurzarbeiter, welsch letztere in vielen Fällen nicht mehr als 8 — höchstens 16 Stunden Beschäftigung in einer Woche haben, bleiben erfolglos unter dem Hinweis auf diese famose Unterstützungseinrichtung nach dem Genet System. Ein altes Sprichwort sagt:

„Das Kind muß erst ertrinken, bevor der Brunnen zugedeckt wird.“

und dieses trifft auch bei unserer Regierung in der Behandlung des Problems der Unterstützung Arbeitsloser zu, wobei ihr die Unternehmer und das Bürgertum sekundieren, weil ja diese Leute doch nicht wissen, was Hunger ist. Die Arbeiterschaft aber möge in ihrer Gesamtheit dieses System kapitalistischer Wirtschaft erkennen und sich geschlossen zum Angriff gegen dasselbe in den freien Gewerkschaften zusammenschließen. g. n.

nach dem Tode des Versicherten geltend gemacht werden, widrigensfalls er erlosch, ist durch die bisher geltend gemachten Ansprüche den Hinterbliebenen noch kein Schaden erwachsen, nur müssen sie sich jetzt um dieselben ungesäumt kümmern und an die Zentralsozialversicherungsanstalt die Gesuche um die Abfertigung ohne Verzug überreichen.

Als Hinterbliebene gemäß § 121 Abs. 3 gelten:

- a) die Gattin (der Gatte),
- b) die Kinder,
- c) die Eltern,
- d) die Geschwister.

Der Anspruch steht in der angegebenen Reihenfolge zu, d. h. wenn wenigstens eine anspruchsberechtigte Person in früherer Rangordnung vorhanden ist, kommt niemand von den weiteren Hinterbliebenen in Betracht.

Der Anspruch auf die Abfertigung ist (mündlich oder schriftlich) bei jener Krankenversicherungsanstalt anzumelden, bei welcher der Verstorbene zuletzt versichert gewesen ist (§ 186). Der Anspruch kann nur von der berechtigten Person oder ihrem gesetzlichen Vertreter geltend gemacht werden. Ein minderjähriger, der das 17. Jahr erreicht hat, kann ihn selbst geltend machen. Soust muß für Kinder bis zu 17 Jahren — wenn kein Vater vorhanden ist — der Vormund oder die Organisation für Jugendfürsorge einschreiten (§ 187). Die Gesuche sind also bei der Krankenversicherungsanstalt einzubringen, welche die erforderlichen Erhebungen durchführt und sie legt dann das Gesuch mit ihrem Gutachten und den Besorgen der Zentralsozialversicherungsanstalt vor. Dieselbe entscheidet über den Anspruch (§ 187, Abs. 2).

Wenn es sich um eine Abfertigung an die Gattin (den Gatten) oder an die Kinder handelt, werden gewöhnlich keine besonderen Erhebungen nötig sein, da in der Regel nur Tatsachen (der Tod des Versicherten, die Familienverhältnisse usw.) festzustellen sind. Anders ist das bei den Eltern und Geschwistern, welche nur dann auf eine Abfertigung Anspruch haben, wenn sie mit dem Verstorbenen wenigstens ein halbes Jahr vor seinem

Tode im gemeinsamen Haushalte gelebt haben und mit ihrem Unterhalt vorwiegend auf ihn angewiesen gewesen sind. Diese Umstände werden einerseits durch eine Erklärung des Geschäftstellers, andererseits durch Anfrage beim Gemeindevorstand des letzten Wohnortes des Verstorbenen, eventuell durch Erfragen an die politische Behörde 1. Instanz um amtliche Erhebung, sichergestellt sein.

Einschließlich der übrigen Umstände wird der Nachweis durch Urkunden gefordert werden (arg. c. § 183, Abs. 3 „Das Begräbnisgeld und die Abfertigung werden nach Vorlage der den Anspruch beglaubigenden Belege ausgezahlt.“) Verlebene Urkunden wird der Geschäftsteller sicherlich schon zur Hand haben, die fehlenden können leicht in Form eines Nachtragsauszuges beschafft werden.

Vorzulegen ist:

- a) bei Witwenabfertigung:
 1. der Totenschein des Versicherten,
 2. der Trauschein,
 3. eine Bestätigung des Matritkenamtes (der politischen Behörde, des Pfarramtes usw.: in der Slowakei des Gemeinde- oder Distriktnotars), daß die Witwe zur Zeit des Ablebens des Ehegatten nicht von ihm aus eigenem oder beiderseitigem Verschulden gerichtlich geschieden gewesen ist und daß die Ehe nicht gerichtlich getrennt oder als ungültig erklärt worden ist.

Dasselbe gilt sinngemäß bei Witwenabfertigung. Besteht der Verdacht, daß der Geschäftsteller den Tod des Versicherten verschuldet oder mitverschuldet hat, sind die näheren Umstände festzustellen, insbesondere ob ein Strafverfahren eingeleitet worden ist.

Der Lösung der Frage, ob auch dann Anspruch auf eine Abfertigung besteht, wenn der Anspruch auf die Witwen-/Widwerrenten aus den in § 115 angeführten Gründen ausgeschlossen wäre, soll hierdurch nicht vorgegriffen werden;

b) bei Kinderabfertigung:

- 1. der Totenschein des Versicherten,
- 2. die Geburtsurkunde aller (auch der unehelichen) Kinder des Verstorbenen,
- 3. eine Bestätigung des Matritkenamtes (siehe oben unter a, 3. B), daß keine Witwe (kein Witwer) vorhanden ist und daß alle Kinder am Leben sind.

Stiefkinder kommen nicht in Betracht. Die Frage, ob auch Adoptiv- und Pflegekinder (nach Analogie des § 118) beziehungsweise auch eigene Kinder im Alter von mehr als 17 Jahren Anspruch haben, muß einstweilen offen bleiben und wird entschieden werden, bis konkrete Fälle vorliegen;

c) bei Elternabfertigung:

- 1. der Totenschein des Versicherten,
- 2. der Geburtschein des Versicherten,
- 3. eine Bestätigung des Matritkenamtes (siehe oben unter a, 3. B), daß der Verstorbene nicht verheiratet gewesen ist und keine Kinder hinterlassen hat (auch keine unehelichen) und daß die Eltern beide am Leben sind oder wenigstens der Elternteil, welcher Anspruch erhebt.

Es wird bemerkt, daß hier nur auf die regelmäßigen Fälle Rücksicht genommen worden ist. Sollte in einem besonderen Falle die Vorlage weiterer Belege notwendig sein, werden dieselben nachträglich eingefordert werden.

Die Originaldokumente können stets durch einen amtlichen Matritkenauszug ersetzt werden. Die Vorlage eines solchen Gesamtauszuges empfiehlt sich überhaupt dort, wo es sich um Feststellung der Familienverhältnisse mehrerer Personen handelt.

Die Belege sind gemäß § 234 stempelfrei.

Bei der Vorlage der so instruierten Gesuche ist genau mitzuteilen, von wann bis wann und in welcher Klasse der Verstorbene in der Invaliditäts- und Altersversicherung versichert gewesen ist und ob und für welche Zeit der Versicherungsbeitrag für die Invaliditäts- und Altersversicherung vorgeschrieben und bezahlt ist.

Die Hinterbliebenen der bei den Krankenversicherungsanstalten seit 1. Juli 1926 gegen Krankheit, Invalidität und Alter versichert waren, nach dieser Zeit verstorbenen Arbeitnehmer werden daher in ihrem ureigensten Interesse aufgefordert, sich an jene Krankenversicherungsanstalt, bei der der Verstorbene versichert war, wegen Geltendmachung ihrer Ansprüche zu wenden und werden diese Anstalten gewiß sofort alles tun, um die Hinterbliebenen in den Genuß der Abfertigung zu setzen. Soweit es sich um verstorbene Versicherte bei der Bezirkskrankenversicherungsanstalt in Teplitz-Zhdnau handelt, richten wir an sie die Aufforderung, sich bei der genannten Anstalt zu melden.

Die Bezirkskranken- kasse Blün veröffentlicht soeben ihren Jahresbericht für das Verwaltungsjahr 1925. Der Bericht ist mit vielen Bildern versehen, welche vor allem die neuerichtete Überanlage im Luisenbäude der Kasse zeigen sowie die verschiedenen Ambulatorien der Kasse vor Augen führen. Die Kasse hatte am 31. Dezember 1925 3807 Mitglieder, die Einnahmen betragen 1.772.318 K., die Ausgaben 1.628.508 K. Ob die Krankenkasse weiter aufrecht erhalten werden wird, ist noch nicht ganz sicher, jedoch sehr wahrscheinlich.

Sperre über das Berliner Theater. Wegen des Vorkaufsrechtes der Theaterdirektoren mit dem deutschen Theaterverein ist über das Berliner Theater die Sperre verhängt worden. Der Verein nahm das zum Anlaß eines drückenden Abbruchs der von den Musikern mit den besten Absichten begonnenen Verhandlungen.

Kunst und Wissen.

Ein bekannter Correggio? Der italienische Kunsthistoriker Professor Venturi hat nach einem längeren Studienaufenthalt im Eremitage-Museum in Leningrad ein dort befindliches altitalienisches Porträt für ein Originalwerk von Correggio erklärt. Bisher hatte das Bild in Fachkreisen als eine Kopie gegolten. Venturi hat auch die vor einiger Zeit von Professor von Liphart gemachte Entdeckung bestätigt, daß ein aus dem alten Jantenschloß in Garchina herrührendes Bild „Die Flucht nach Ägypten“ von Lipharts eigener Hand stammt.

Ein neuer Text für ein Werk von Beethoven. Johannes Urdil hat unter Jugrundslegung des kopierten Originals eine neue Textdichtung für Beethovens Choralwerk „Die Ruinen von Athen“ geschaffen, das 1812 zur Eröffnung des Budapest Theater komponiert wurde und bisher, mit Ausnahme des bekannten türkischen Textes, wegen seiner allzu engen lokalen Beziehung kaum Beachtung gefunden.

Spielplan des Neuen deutschen Theaters. Heute, Freitag Premiere „Durchgängerin“ (7 1/2 Uhr), Samstag, Premiere „14 Tage Arrest“ (7 1/2 Uhr), Sonntag (7 Uhr) „Lobengrin“, Montag (7 1/2 Uhr) „Durchgängerin“

Spielplan der Kleinen Bühne. Heute, Freitag, „Sonja“, Samstag „Der Floh im Ohr“, Sonntag (7 1/2 Uhr) Premiere „Peripherie“, Montag „Sonja“.

Bereinsnachrichten.

„Urania“.

Die ersten Veranstaltungen.

„Die Nibelungen.“ (Siegfried.) Beginn der Kulturfilm-Vorführungen mit dem klassischen Meisterwerk der deutschen Filme. Samstag, 4. ds., 8; Sonntag, halb 11; Montag, 8 Uhr. Mitglieder Ermäßigung.

Wissenschaftlicher Spaziergang: „Exkursion in die Radiowelt.“ Samstag, 4. ds., 6 Uhr, unter fachmännischer Führung. Zugänglich für alle Mitglieder des Radioklubs und für alle Radio-Interessenten. Karten: Regiebeitrag 2 K.

Mitglieds-Karten-Erneuerung und Mitglieder-Kennzeichnungs. Hauptkarte: 18 K. (Unentgeltlicher Bezug und Zustellung der Monatsheft für „Moderne Bildungspflege Urania“, sowie der Festnummern, die anlässlich des zehnjährigen Bestandes der „Urania“ außerordentlich umfangreich und reich illustriert erscheint.) Anschließkarte: 8 K. für Familienmitglieder mit den gleichen Begünstigungen der Hauptkarte: 20-25 Prozent Ermäßigung bei allen Veranstaltungen der „Urania“. — Ermäßigte Karten zu allen größeren Veranstaltungen der Prager Konzertdirektionen. Ab heute und täglich: Urania-Bis-Busse, halb 10-1 und 3-7 Uhr. Smeralskagasse 22, Tel. 20429. 4276

Der Film.

Janamel-Filme. Der Janamel-Konzern leistet sicher nicht das, was von einem so großen Unternehmen zu erwarten wäre. Es scheint, daß die Konzentration der Paramount, First National und Metro-Goldwyn nicht künstlerisch, sondern nur geschäftlich fruchtbar war. Da ist ein achtteiliger Film, „Blaubarts sieben Frauen“, bei dem die gemühten Zuschauer einschlafen müssen. Er bietet nicht einmal für zwei Akte Stoff und ist faulster Kisch. Ein netter Spielfilm wäre, abgesehen von dem Zufall, „Mademoiselle Modistin“ mit der reizenden Coctine Griffith. Aber natürlich müssen in ihr ein Graf, ein Millionär und sechs Offiziere auftreten, die einem das Stück ebenso verleidet, wie die ewigen Modernen, von denen sich die Amerikaner nicht losmachen können. Lustig und harmlos ist die Grotte „Lloyd Hamilton als Held“. Hoffentlich kommt Besseres nach!

Herrn Eugen Vargas Umwälzung der Wissenschaft.

(„Die sozialdemokratischen Parteien“, Verlag Carl Heym Nachl.)

Der bekannte kommunistische Theoretiker Eugen Vargas hat im Verein mit einer Reihe von Mitarbeitern, unter denen sich von hierzulande bekannten Kommunisten Hans Glaubhaft, Krefel, J. Strasser und Alvari befinden, ein umfangreiches Werk (318 Seiten) über die sozialdemokratischen Parteien und ihre Rolle in der internationalen Arbeiterbewegung der Gegenwart verfaßt. Das Buch gibt sich in den Anzeigen, die durchwegs seinen Verfasser oder Redakteur nennen, neutral, als wissenschaftliches Sammelwerk. Der Verlag Heym nicht als kommunistischen kennt, kann sehr leicht die Kasse im Saal laufen. Denn ist das Buch in einem schwarz-rot-gelben Umschlag gefaßt, der wahrheitsgemäß das erste Argument gegen die „sozialparteiliche“ Sozialdemokratie sein soll. So wie sich das Buch äußerlich gibt, ist es auch innen. In viel mehr Argumenten gegen die Sozialdemokratie, als der Umschlag sie bietet, bringt es Vargas auf den 300 Seiten nicht. Nun sei voraus gesagt, daß niemand von einem Kommunisten ein objektives und kühl neutrales Urteil über Entwicklung und Stand der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung erwartet hat. Es liegt durchaus im Wesen des Kommunismus und es kann bei einer äußerlich kompromißlosen, auf Fanatismus und jesuitischer Unterordnung unter den aller heiligsten Zweck aufgebauten Bewegung gar nicht anders sein, daß jede Betrachtung der Sozialdemokratie zur Polemik wird. Was bei der Kritik der Bourgeoisie durch den Sozialismus für den Marxisten selbstverständlich ist, daß jede Erkenntnis ein Urteil bedeutet und daher dem Bourgeois als parteiisch erscheint, das wird bei der solchen Anwendung der Methode durch die Moskowiter zur schärferen Zehnerquelle. Aber man hätte doch von Vargas erwartet, daß er mit dem ganzen Rüstzeug des Leninismus gegen die Sozialdemokratie zu Felde ziehen würde. Er und seine Gehilfen haben sich keinerlei Mühe gegeben, eine ernsthafte Auseinandersetzung mit der Sozialdemokratie zu wagen. Sie arbeiten mit den gleichen Mitteln, die uns in der kommunistischen Presse tagtäglich begegnen. Es scheint, daß sie den Begriff einer wissenschaftlichen Behandlung einer Frage nicht mehr kennen, daß Moskwa jede Verbindung mit den besseren Zeiten der Arbeiterbewegung verloren hat.

Es leuchtet ein, daß Vargas an die Spitze des Buches die Kampfansage an die Sozialdemokratie stellt, daß er die Leninische These, daß die Vernichtung der Bourgeoisie nur möglich ist, wenn vorher die Sozialdemokratie vernichtet wird, zum Ausgang seiner Arbeit nimmt. Und er hat sehr recht, wenn er als Voraussetzung einer erfolgreichen Bekämpfung der Sozialdemokratie die gute Kenntnis der sozialdemokratischen Parteien nennt. Aber gerade deshalb hätte er in dem Buche, das anscheinend weniger der Propaganda unter Indifferenten dienen soll als der Schulung der eigenen Leute, die Sozialdemokraten zu zeichnen sollen, wie sie wirklich sind und nicht so, wie sie die Moskwa der kommunistischen Propaganda darstellen. Mit der gleichen Leichtigkeit, mit der ein pseudorevolutionärer Schmod über die Sozialdemokraten schreibt, wirft Vargas den Satz hin:

„Die (die sozialdemokratischen Parteien) sind im allgemeinen bürgerliche Arbeiterpartei und ihre Funktion ist es, die Existenz der kapitalistischen Gesellschaftsordnung innerhalb der Arbeiterklasse zu schützen.“

Aus der Definition wird nun mancherlei abgeleitet, bewiesen wird sie nicht. Dasselbe Spiel wiederholt sich bei jeder einzelnen Abhandlung. Man stellt kurz und bündig fest, daß die Sozialdemokratie eine bürgerliche Partei ist. Die Beweise spart man aus begründeten Gründen. Da heißt es etwa von unserer Partei:

„Die deutsche Sozialdemokratische Arbeiterpartei hat sich nach der Errichtung der Republik ebenso bedingungslos hinter die deutsche Bourgeoisie gestellt, wie die beiden tschechischen sozialparteilichen Parteien hinter die tschechische.“

Wieso es uns gelingt, trotzdem die Partei der deutschen Arbeiter zu bleiben, hat der Kluge Beobachter auch herausgefunden:

„Infolge der Oppositionsstellung der deutschen Bürgerlichen — — — kann sich die deutsche Sozialdemokratie nur der Arbeiterklasse leichter als Vertreterin des Proletariats — — — aufspielen.“

In diesem besonderen Fall hätte die Hochmeldung sehr kurze Peine, denn was wird der Geschwärm des Herrn Vargas nach der kleinen Umgruppierung der bürgerlichen Politik als Erklärung heranziehen? Solcher „Meinigkeiten“ gibt es die Hölle. Um den Leninismus recht gründlich und von vornherein zu erledigen, anfertigt sich der kommunistische Wissenschaftler über das Attentat Frey Adlers wie folgt:

„Das Attentat Frey Adlers auf den Ministerpräsidenten Stürgkh, das in den Arbeitermassen die Hoffnung auf eine große bestreite Tat lockte, wurde nicht als politische, sondern als moralisierende auf die kleinen Ansätze, die zu einer organisierten Linken Bewegung vorhanden waren.“

Die österreichische Sozialdemokratie ist nun überhaupt kein angelegentliches Sorgenkind. Er hat zwar herausgefunden, daß die Arbeiter der Schwerindustrie in Oesterreich keine Sozialdemokraten sind und kommt sich an diesen eingebildeten Strohalm mit aller Zähigkeit des gläubigen Moskowiters, der auch die Zahlen „100.000 zu 2.000“ noch nicht als einen Beweis für die Sozialdemokratie zur Kenntnis nimmt. In diesem schwächlichen Kapitel leistet er sich folgenden Widerspruch. Er stellt auf Seite 182 fest:

„Die Sozialdemokratie hat es verstanden, in den Massen tief das Bewußtsein zu verankern, daß der kleinste selbständige Schritt der österreichischen Arbeiterklasse augenblicklich von den Westmächten erdrückt werden würde und daß jeder Versuch zu energischen sozialistischen Maßnahmen nur mit einer Katastrophe enden könnte.“

Was hier als Agitationsfluge der Sozialdemokraten hingestellt wird, nagelt eine Seite weiter der Schreiber selbst ganz objektiv und sogar übertrieben als Tatsache fest:

„Die Sozialdemokratie weih ganz gut, daß sie selbst in den allergeringsten Kleinigkeiten ebenso dem Kommando des Völkerbundes folgen müßte, wie die gegenwärtige rein bürgerliche Regierung.“

Das heißt mit anderen Worten, daß die Sozialdemokratie eben die Politik macht, die ihr durch die Verhältnisse diktiert wird, während die Kommunisten schon 1917 gegen den Wind segeln wollten. Den Austromarxismus, mit dem sich doch der Wissenschaftler Vargas auseinandersetzen sollte und (glauben wir) konnte, glaubt das Buch dadurch genügend charakterisiert, daß keine Vertreter entweder von Mach oder von Kant ausgingen. Vargas weiß sehr gut, daß diese Behauptung voll und ganz nicht einmal auf Friedrich Adler und Max Adler, auf die sie gemünzt ist, noch weniger auf Otto Bauer oder Renner zutrifft.

Der Bearbeiter des tschechoslowakischen Kapitels leistet sich das Anaphorische, die Moskwa als eine im Jahre 1898 (weih der Leuzel, wobei er auch noch die Jahreszahl hat!) von der Sozialdemokratie abgespaltene Partei zu bezeichnen (Seite 180), welche also von der Geschichte der tschechischen Arbeiterbewegung etwa soviel, wie Wilson von Europa wußte. Und doch hat jener diesen auch in der Aufstellung allverbindlicher Punkte, die sogar um sieben mehr sind, nachgeahmt. Der Reformmann für die Tschechoslowakei hat aber für seine Aufgabe außer einer gründlichen Portion Unkenntnis auch sehr faire Methoden mitgebracht. Ein kleines Beispiel, das den ganzen Mann charakterisiert:

Er zitiert (Seite 202 f.) einen Absatz aus meiner Broschüre „Klassen und Parteien“. In der bewußten Stelle heißt es, daß wir eine in den Industriedörfern wurselnde Partei sind und daß die Verluste in den kleinstädtischen Städten keinen Nährboden für unsere Stärke oder Schwäche bilden. Da ich ein ganzes Kapitel dem Siedlungsweisen gewidmet habe und dort ausführlich aufzeige, daß in Tschechoslowakei die Dörfer proletarisch, die Städte kleinstädtisch sind, kann sich der zitierte Kritiker keiner Täuschung über den Sinn der Stelle hingeeben haben. Er folgert aber aus ihr das gerade Gegenteil, indem er sie als ein Einverständnis unserer Schwäche in den angeblich proletarischen

Herausgeber Dr. Ludwig Czoch.
Verantwortlicher Redakteur Wilhelm Riehnert.
Für den Druck verantwortlich: O. HOLL.
Druck: Deutsche Verlags-Ges., Prag.

Städten und unserer Verwurzelung im bürgerlichen Dorf hinstellt. Es handelt sich bei dieser offensichtlichen Verdrehung nicht um eine andere Auslegung eines und desselben Symptom, sondern durchaus um eine Verfallung dessen, was in dem herausgerissenen Zitat tatsächlich gesagt wurde, da Vargas Mitarbeiter im denkbar ehesten Falle immerhin noch verschweigt, daß ich über den sozialen Charakter der Dörfer und Städte in Tschechoslowakei anderer Meinung bin als er.

Wie diese Proben ist das ganze Buch gehalten. Es ist gerade als das Werk eines als fertig geltenden Schriftstellers ein bedeutlicher Beweis für den Unverstand und für die unsachliche und unsozialistische Kampfweise des Bolschewismus. Es bestätigt von neuem, daß sich die Kommunisten um keinen Fingerring von dem Standpunkt entfernt haben, daß die Sozialdemokratie nicht eine Partei sei, die nach ihrer Meinung einen falschen Weg gehe und daß die Irrtümer dieses Weges im Meinungskampf zu beweisen seien, sondern sie weiter darauf beharren, daß die Sozialdemokratie eine bewußt kapitalistische Partei ist. Auf dieser Basis gibt es aber kein Verhandeln und keine ruhige Debatte. Solange sie die Plattform der Kommunisten ist, gibt es leider nur einen harten Kampf, den keine Einheitsfrontparole mildern kann, weil sie selbst auf ebendieser Plattform ein Widerspruch bleiben muß.

Dr. G. Franzl.

Genossen, leset und verbreitet die Arbeiterpresse.

KINO-PROGRAMM
Vom 3. September bis 10. September 1926

Wran Urania-Kino
Einziges deutsches Kino Prag
„Monsieur Beaucaire“ Der Königliche Barbiere.
Drama in 16 Akten mit
Rudolfo Valent no

LIDO „IO“
„Das Geheimnis der blauen Maske“
Drama aus dem wilden Westen in 5 Akten.
„So war es in den Sternen geschrieben“
Drama in 6 Akten

Wo verkehren wir?

Café Continental, Prag-Graben
Goldenes Kreuzel, Prag-Relaxanta.

Gastwirtschaft „Lidový dům“
der Genossenschaft „Ganymed“
Täglich PRAG II., Hybernská Nr. 7.

Café „Nizza“
Kgl. Weinberge, Fochova 27.
Unser Stammlokal

DRUCK- u. VERLAGSANSTALT
Gesellschaft m. beschr. Haft.

empfiehlt sich den p. l. Behörden, Vereinen, Organisationen, Gemeinden und Kaufleuten zur Herstellung von Drucksorten wie: Tabellen, Büchern, Broschüren, Zeitschriften, Zirkularen, Mitgliedsbüchern, Einladungen, Plakaten, Flug-schriften, Fakturen, Briefpapieren usw. in solider und rascher Ausführung. Setzmaschinenbetrieb und Rotationsbetrieb.

IN TEPLITZ-SCHÖNAU
Tischlergasse Nr. 6

Gestern abend verschied unser über alles geliebter Gatte, Vater, Bruder und Schwieger-sohn, Herr

Gustav Kretsch

Mitglied der F. A. Kub & Kretsch

unverwundet im 49. Lebensjahre.

Wir bestatten unseren teuren Toten am Sonntag, den 5. September um 1/2 4 Uhr nachm. von der Zeremonienhalle des israel. Friedhofes aus.

Wer den Dahingegangenen kannte, wird unseren Schmerz ermessen.

Teplitz-Schönau, am 2. September 1926.

Familien Kretsch und Kub
im Namen aller Hinterbliebenen.

Don Kondolenzbesuchen und Blumenpenden bitten wir freundlichst abzuweichen.